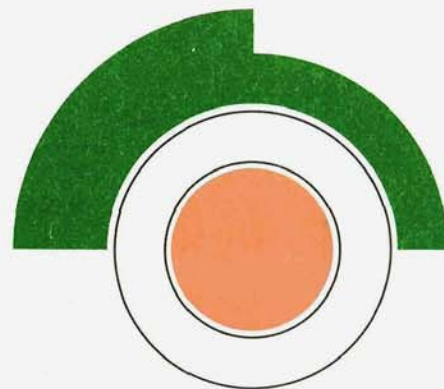


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 1



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 21. 1. 1997

## WORT UND WIDERWORT

### Hat der Religionsunterricht noch eine Zukunft?

Eine Aufspaltung des Religionsunterrichts in faktisch vier voneinander getrennte Fächer — katholische Religion, evangelische Religion, islamische Unterweisung, praktische Philosophie — könne weder unter ökonomischen noch unter ökonomischen Gesichtspunkten ein Zukunftsmodell sein. Ein Schritt in die richtige Richtung sei auf der evangelischen Landessynode in Bad Neuenahr aufgezeigt worden, wonach der Religionsunterricht nur noch eine Chance habe, wenn er ökumenisch gestaltet werde. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Manfred Degen**. Der CDU-Abgeordnete **Norbert Giltjes** betont, der Religionsunterricht sei durch Staatsvertrag mit den Kirchen geregelt und damit garantiert. Dennoch sei wegen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, mit der eine Entfremdung von den Kirchen einhergehe, Werteerziehung und Gewissensbildung auch für die Schüler zu sichern, die nicht mehr am Religionsunterricht teilnahmen und statt dessen Freistunden hätten. Die CDU-Landtagsfraktion habe dazu längst Vorschläge eingebracht. Die GRÜNE-Abgeordnete **Brigitte Schumann** vermerkt, es zeige sich ein großer Bedarf, Schülerinnen und Schüler darin zu unterstützen, eigene wertbezogene Entscheidungen zu treffen. Das kürzlich in Brandenburg eingeführte allgemeinbildende Fach „Lebensgestaltung — Ethik — Religionskunde“ (LER) zielt nicht auf die Integration in ein bestimmtes konfessionelles Milieu ab. In einem so begründeten Fach für alle ohne Trennung nach Weltanschauungen und Konfessionen sähen die GRÜNEN die Zukunft als Beitrag für ein solidarisches Miteinander in multikultureller Gesellschaft. (Seite 2)

## Trotz Klagen von Kinderärzten und irritierten Alten

### Sommerzeit steigert Erholungswert

Die Landesregierung sei der Auffassung, daß die Vorteile der Sommerzeit die Nachteile deutlich überwiegen, zumal letztere nur kurzfristig bei der Zeitumstellung auftreten.

Das erklärte Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Hans Kern. Der Politiker hatte darauf hingewiesen, bei der letzten Rückstellung der Sommerzeit auf den naturgegebenen Tageslauf seien verstärkt Klagen laut geworden, die auf eine Abschaffung der zweimal jährlich stattfindenden Umstellung des Tagesablaufes drängten.

Kinderärzte hätten negative Wirkungen vor allem auf sehr junge Kinder festgestellt. Bewohner in Altenheimen seien für Tage irritiert. Immer mehr Menschen wehrten sich gegen den Zwang, in einen für sie unnatürlichen Zeit-Rhythmus gestoßen zu werden.

Der Minister weist dagegen darauf hin, die EU-Kommission sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Sommerzeit deutliche Vorteile auf den Gebieten Sicherheit im Straßenverkehr, öffentliches Gesundheits-

wesen sowie Freizeit und Tourismus biete und den Energieverbrauch positiv beeinflusse. Ferner sei der Erholungswert eines durch die längere Abendhelligkeit verlängerten Feierabends in Ansatz zu bringen (Drs. 12/1693).



Die Fahrt ins Ungewisse

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Risikokapital

Über einen Risikokapitalfonds beraten der Wirtschafts- und Haushaltsausschuß mit Experten. (Seite 3)

### Lokalfunk

Mit Krisenerscheinungen beim Lokalfunk hat sich der Hauptausschuß des Landtags beschäftigt. (Seite 4)

### Ausschußführung

Personelle Veränderungen in Ausschußführung und -assistenz sind der aktualisierten Tabelle mit Namen und Telefonnummern zu entnehmen. (Seite 5)

### Ausländer

Von Integration bis Abschiebung reichte die Thematik bei einer Ausländerdebatte auf Antrag der CDU. (Seite 17)

### Vorbeugung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat Experten zu dem Thema Drogenprävention angehört. Sie warnten vor einer Kürzung der Mittel für die Vorbeugung. (Seite 18)

### Lippe

Vor 50 Jahren verlor das ehemalige Land Lippe seine Selbstständigkeit und wurde Nordrhein-Westfalen angegliedert. (Seite 19)

## WORT UND WIDERWORT

# Religionsunterricht ist verfassungsmäßig garantiert

Von  
Manfred Degen

Es gibt wohl kein anderes Unterrichtsfach in unseren Schulen, dessen Notwendigkeit und dessen Zukunft so regelmäßig zur Diskussion und für manche zur Disposition gestellt wird, wie es beim Fach Religion der Fall ist. Letzter Anlaß zur öffentlichen Auseinandersetzung ist die Reduzierung der Religionslehre in den dritten und vierten Klassen der Grundschule in Nordrhein-Westfalen um eine Stunde auf die allgemein üblichen zwei Wochenstunden. Hierbei geht es allerdings nur darum, in welcher Weise das „Benehmen“ mit den Landeskirchen erfolgt ist. Bei der Diskussion über die Ausbildungsordnung für die Grundschule hat diese Änderung bei allen Parteien keine Rolle gespielt.

Bei der SPD in Nordrhein-Westfalen besteht nicht die Absicht, den zudem verfassungsmäßig garantierten Religionsunterricht abzuschaffen oder durch ein Fach „Ethik“, wie es zum Beispiel in Brandenburg der Fall ist, zu ersetzen. Die zum Teil veränderte Realität in unseren Schulen hat aber dazu geführt, daß sich der konfessionell gebundene Religionsunterricht zunehmend

Von  
Norbert Giltjes

Diese Frage stellt sich allein deswegen nicht, weil der Religionsunterricht durch Staatsvertrag mit den Kirchen geregelt und damit garantiert ist. Die CDU-Landtagsfraktion will daran nichts ändern, weil die bestehenden Verträge mit den Kirchen bewiesen haben, daß sie eine gute Grundlage zur Begründung des Verhältnisses von Staat und Kirche darstellen. Außerdem müssen in unserer Zeit mehr denn je Werteerziehung und Gewissensbildung sowohl in allgemeinbildenden Fächern als gerade auch im Religionsunterricht gefördert werden.

Dennoch ist wegen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, mit der eine Entfremdung von den Kirchen einhergeht, Werteerzie-

Von  
Brigitte Schumann

Das Grundgesetz und die Landesverfassung NRW sind Garanten dafür, daß der hergebrachte konfessionsgebundene Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach auch in Zukunft vorgehalten werden muß. Um die Austritte aus dem Religionsunterricht einzudämmen, nutzt man in anderen Ländern die Einrichtung eines verpflichtenden Alternativ- oder Ersatzfaches zum Religionsunterricht. Der Schulversuch „Praktische Philosophie“ in NRW darf auf keinen Fall so konzipiert sein, daß er als schlechtere Alternative Jugendliche davon abhält, sich vom Religionsunterricht abzumelden. Läßt man die Zahlen und Fakten sprechen, dann geht die Nachfrage nach Kirche und nach konfessionsgebundenem Religionsunterricht deutlich zurück. So meldete sich z. B. laut Statistik des MSW 1994 fast ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 10 vom Religionsunterricht ab. Die tatsächliche Distanz zu den Kirchen ist in diesen Zahlen allerdings noch nicht erfaßt. Dies mag man, je nach Weltanschauung,

### SPD: Religionsunterricht muß ökumenisch gestaltet werden

kritisch hinterfragen lassen muß. Zwar bleibt der Prozentsatz der vom Religionsunterricht abgemeldeten Jugendlichen in der Sekundarstufe I zwischen fünf und zehn Prozent relativ konstant; die Quote der Nichtteilnehmerinnen und Nichtteilnehmer steigt aber stetig an. Das ist die Folge der zunehmenden Zahl konfessionsloser, islamischer und anderen Konfessionen angehöriger Schülerinnen und Schüler. Mit dem Schuljahr 1997/98 beginnt nach Beschluß des Schulausschusses die Erprobung des Alternativfaches „Praktische Philosophie“ für Schülerinnen und Schüler, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben. Am Ende des gleichen Schuljahres muß eine Entscheidung über die endgültige Form des islamischen Unterrichts erfolgen, weil die Erprobungsphase im Rahmen des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts beendet ist. Eine Aufsplitterung des Religionsunterrichts in faktisch vier voneinander getrennte Fächer — katholische Religion, evangelische Religion, islamische Unterweisung, praktische Philosophie — kann weder unter ökonomischen wie auch unter ökumenischen Gesichtspunkten ein Zukunftsmodell sein. Eine solche Trennung widerspricht auch dem pädagogischen Auftrag von Schule, Vermittlung als fächerübergreifendes Prinzip zu praktizieren.

Einen Schritt in die richtige Richtung zeigte der stellvertretende Präses Hans-Peter Stephan jetzt auf der evangelischen Landessynode in Bad Neuenahr auf: „Der Religionsunterricht hat nur noch eine Chance, wenn er ökumenisch gestaltet wird.“

### CDU: Werteerziehung und Gewissensbildung fördern

hung und Gewissensbildung auch für die Schüler zu sichern, die nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen und statt dessen Freistunden haben. Die CDU-Landtagsfraktion hat dazu längst Vorschläge eingebracht. Wegen der unterschiedlichen Auffassungen in der Koalition — BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden den Religionsunterricht am liebsten ersatzlos streichen — hat sich jedoch die Landesregierung nur für einen unbefristeten Schulversuch ausgesprochen. Alle Bemühungen, die darauf abzielen, das LER-Modell aus Brandenburg auf Nordrhein-Westfalen zu übertragen — angeblich arbeitet das Institut in Soest an solchen Konzepten — müssen zurückgewiesen werden.

Das gilt auch für den Erlass, den Religionsunterricht in der Grundschule zu kürzen. Das dabei angeblich erreichte Benehmen mit den Kirchen stößt in diesen Tagen auf Widerspruch. Solche Veränderungen, die ja auch die inhaltliche Seite des Religionsunterrichts betreffen, sollten nur einvernehmlich geregelt werden.

### GRÜNE: Beitrag für ein solidarisches Miteinander

bedauern, aber diesen Prozeß mit staatlichen Mitteln rückgängig machen zu wollen, ist verfassungswidrig. Es bedeutet einen Eingriff in die Religionsfreiheit des Einzelnen, die auch eine Freiheit von Religion einschließt.

Aus grüner Sicht muß die Frage nach dem Religionsunterricht nicht von der Institution her gedacht werden, sondern von den Kindern und Jugendlichen. Und da zeigt sich als Folge der Individualisierung und Pluralisierung von religiösen und weltanschaulichen Werthaltungen ein großer Bedarf, Schülerinnen und Schülern darin zu unterstützen, eigene wertbezogene Entscheidungen bewußt und verantwortlich entwickeln und treffen zu können. Das setzt die Kenntnis und das Verständnis verschiedener Religionen, Weltanschauungen und Kulturen voraus. Für die Umsetzung sind handlungsorientierte, lebenskundliche und interkulturelle Konzeptionen notwendig.

Das kürzlich in Brandenburg eingeführte allgemeinbildende Fach für alle mit dem Namen „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER) will diesen Beitrag leisten und zielt deswegen eben nicht auf die Integration in ein bestimmtes konfessionelles Milieu ab. In einem so begründeten Fach für alle ohne Trennung der Schülerinnen und Schüler nach Weltanschauungen und Konfessionen sehen die GRÜNEN im Landtag die Zukunft als Beitrag für ein solidarisches Miteinander in einer multikulturellen Gesellschaft.

## Wirtschaftsausschuß: Arbeits- und Ausbildungsplätze

Die Themen Risikokapital, Ausbildungskonsens und Tourismus standen im Mittelpunkt der von Hannelore Brüning (CDU) geleiteten Beratungen des Wirtschaftsausschusses am 15. Januar. Zum Thema Risikokapitalfonds, das in Anträgen der Oppositionsfraktion und der Koalitionsfraktionen enthalten war, wollen alle Fraktionen das Expertengespräch abwarten mit der Aussicht auf eine gemeinsame Stellungnahme. In zwei Aktuellen Viertelstunden informierte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement über den Sachstand bei der Bündelung von Zielen der Fremdenverkehrspolitik und bei der Umsetzung des „Ausbildungskonsenses“.

Aus dem Antrag der CDU-Fraktion (neue Arbeitsplätze durch Förderung beruflicher Selbstständigkeit und des Mittelstands, Drs. 12/435) vom November 1995, dessen Abstimmung schon mehrmals vertagt worden war, wurde die Forderung, eine Risikokapitalgesellschaft NRW zu gründen, vor der Ablehnung des Antrags durch die Ausschlußmehrheit herausgenommen, ebenso ein ähnliches Votum aus dem SPD-/GRÜNEN Antrag zur „Gründungssoffensive NRW“ (Drs. 12589), der bei Enthaltung der CDU angenommen wurde.

CDU-Sprecher Laurenz Meyer äußerte sich zufrieden über den Erfolg des Vorstoßes seiner Fraktion, der zwar lange in der parlamentarischen Beratung gewesen sei, nun aber zu einer Konzeption im Wirtschaftsministerium geführt habe. Alexandra Landsberg (GRÜNE) begrüßte weitere gemeinsame Beratungen über eine Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft und erinnerte an ihr Anliegen, den Weg zu Kapital auch für gute Ideen kleiner Kreditnehmer und für Umwelt-Vorhaben zu eröffnen. Bodo Hombach (SPD) hielt neue Formen von Krediten für nötig und das Instrument von Landesbürgschaften für nicht mehr ausreichend. Marktanalyse und Risikomanagement sowie Verbundinitiativen müßten bei Vergabe-Bedingungen hinzukommen. Das Einbeziehen der Neußer Kapitalbeteiligungsgesellschaft trage die SPD mit.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement hatte eingangs zum Sachstand berichtet, im Vorjahr sei nach einem Gespräch mit der Kredit-

wirtschaft im Ministerium eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet worden, die konkrete Einzelheiten ermittle. Im Laufe des Januar 1997 würden Antworten auf eine Umfrage unter allen bereits bestehenden Beteiligungsfonds und Stellungnahmen der Banken zu einem ihnen vorgelegten Modell erwartet. Das Modell sehe vor, daß vom 100-Millionen-Mark-Volumen des Risikokapitalfonds 40 Millionen innerhalb von drei Jahren vom Land und je 15 Millionen von den Privatbanken, den Genossenschaftsbanken, den Sparkassen und der Investitionsbank NRW eingezahlt würden. Bei Zustimmung könne im Frühsommer der Fonds gegründet werden. Für die Verwaltung des Fonds solle eine Managementgesellschaft sorgen, die ihre Dienste auch den Regionalfonds anbiete. Es sollten Unternehmensgründungen, vor allem innovative, sowie Unternehmensübernahmen finanziert werden, außerdem Erweiterungen und Sanierungen. Auf den skeptischen Einwand des CDU-Sprechers, ob Sanierungsfälle dann nicht überhand nähmen, wies Clement auf das bayerische Vorbild hin, von dem NRW viel übernehme und das die Sanierungsbeteiligung ebenfalls vorsehe.

### Experten-Gespräch über Risikokapital

In einer gemeinsamen Sitzung wollen der Wirtschafts- und der Haushaltsausschuß mit Experten der Geldwirtschaft, der Wirtschaftskammern und mit Kapitalnachfragern über die Gründung eines Risikokapitalfonds beraten. Darauf verständigten sich die beiden Ausschüsse am 15. und 16. Januar. Wegen der Breite der gewünschten Informationen müssen sich die beiden Ausschüsse, anders als ursprünglich vorgesehen, auf einen ganztägigen Termin verständigen.

In zwei Aktuellen Viertelstunden ließ sich der Wirtschaftsausschuß über die Fremdenverkehrspolitik der Landesregierung und über die Umsetzung des Ausbildungskonsenses informieren. Minister Clement trat nachdrücklich für ein professionelles NRW-Tourismus-Management ein und sprach von Überlegungen, einen Dachverband zu gründen. Zum Auftakt am 17. Februar sollten alle bisher Verantwortlichen, vor allem die Fremdenverkehrsverbände Rheinland und West-



Opposition verbucht Erfolg bei Risikokapitalfonds, v.l. Hannelore Brüning (CDU, Ausschußvorsitzende), Laurenz Meyer (CDU), Dr. Ulrike Brauksiepe (CDU-Fraktionsreferentin). Fotos: Schälte

falen, dazu Fachverbände und Transportunternehmen, ihre Vorschläge machen. Daß die gewachsenen Strukturen, die „Bürgerinitiativen für Tourismus“, nicht zerschlagen werden dürften, daß jedoch bessere Koordination nötig sei, war auch die Meinung von SPD und CDU, die an ihren gemeinsamen Antrag aus der vorigen Wahlperiode erinnern.

Zur Umsetzung des Ausbildungskonsenses nannte Clement Zahlen: 7918 unversorgte Ausbildungssuchende und 8404 offene Ausbildungsstellen am 30.9.1996. Inzwischen hätten 1299 davon eine betriebliche Ausbildung begonnen, 353 gingen weiter zur Schule, 590 hätten eine Arbeit aufgenommen, 1892 „Marktgeschädigte“ unterzögen sich berufsvorbereitenden Maßnahmen bei der Arbeitsverwaltung. Übrig geblieben seien 1995, die sich über die im Oktober 1996 eingerichtete „Hotline“ als Ausbildungsplatzsuchende gemeldet hätten. Davon 57,1 Prozent seien trotz mehrmaliger Kontaktversuche nicht mehr erreichbar gewesen. Zur Zeit gebe es noch 3289 offene Ausbildungsstellen und 1789 nicht versorgte Auszubildende. Diese würden mindestens ein Angebot im gewünschten Berufsfeld erhalten. „Jeder Jugendliche wird ab 1. Februar 1997 untergebracht“, wiederholte der Minister das Versprechen der Landesregierung.

Im Blick auf das nächste Jahr hielt Clement weitere erheblich größere Ausbildungsberbereitschaft für nötig, da elf Prozent mehr Bewerber erwartet würden. Die Kammern würden auf freiwilliger Basis ausbildende Betriebe entlasten. In Zukunft würden die Arbeitgeberverbände einbezogen. Die Frage von Fritz Kollorz (CDU) nach zusätzlichem Angebot durch den „Ausbildungskonsens“ konnte nicht beziffert werden. Bodo Hombach (SPD) stellte als ein Ergebnis der Konsens-Initiative fest, die tatsächlichen Zahlen wichen erheblich von der Statistik ab. Und: Es gebe (politischen) Handlungsbedarf bei der Durchsetzung neuer Berufsbilder gegen Verbandsblockaden, eventuell auch bei der Verankerung einer Ausbildungspflicht. Laurenz Meyer (CDU) wies auf ungenutzte Ausbildungspotentiale durch Mehrfachbewerbungen hin und meinte, mit dem Anliegen Ausbildung identifiziere sich bisher vor allem die „Dachebene“ der Organisationen. Der Minister äußerte sich zufrieden über das Resultat der Bemühung, ein Arbeitsmarktfeld gründlich ausgeleuchtet zu haben.



Konsens in der Koalition bei Wirtschaftsproblemen, v.l. Winfried Mengelkamp (SPD-Fraktionsreferent), Bodo Hombach (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE).

## Hauptausschuß holt Gutachten ein – Eins Live des WDR als Konkurrenz

### Lokalsender machen in Teilen eine Krise durch

*Der Lokalfunk macht in Teilen eine krisenhafte Entwicklung durch. Zu dieser Erkenntnis kam der Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) in der letzten Sitzung vor dem Jahreswechsel. Der Vorsitzende und die Fraktionen kamen überein, Expertengutachten einzuholen. Nach inhaltlicher Erörterung des CDU-Antrages „Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stärken“ (Drs. 12/1348) stellte Matthiesen fest, die Abschlußberatung des CDU-Papiers solle am 13. März 1997 in öffentlicher Sitzung stattfinden.*

Eine Erörterung der Situation des Lokalfunks in den parlamentarischen Gremien hielt die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi für geboten, da ihr nötig schien, nach fünf Jahren landesweiter Verbreitung in 46 Sendegebieten des Landes eine Bilanz zu ziehen, bei der Licht und Schatten in gleicher Weise ausgeprägt seien. Bisher schreibe ein Drittel der Lokalfunkstationen schwarze Zahlen, ein weiteres Drittel erziele ein etwa ausgeglichenes Ergebnis, während sich das restliche Drittel dieser Lokalsender in ernsthaften Schwierigkeiten befinde. Diese Situation habe sich seit 1995 verschärft. In acht Verbreitungsgebieten hätten die Betriebsgesellschaften ihre Verträge gekündigt. Durch die ambitionierte und teilweise aggressive Marktstrategie des WDR – insbesondere mit Eins Live – sei dem Lokalfunk eine gefährliche Konkurrenz mit deutlichen Einbrüchen bei den Hörerzahlen erwachsen. Der CDU-Antrag sehe in drei Fragen einen Handlungsbedarf des Landesgesetzgebers. Zum einen gehe es um die Flexibilisierung der täglichen Programmdauer, der das Gesetz unbedingt Rechnung tragen sollte. Des weiteren seien die Programmkosten in den Verbreitungsgebieten sehr unterschiedlich; zwischen 380 000 Mark im Hochsauerland und rund 80 000 Mark in Duisburg. Diese unterschiedliche Belastung bedürfe des Ausgleichs. Schließlich sei eine ausreichende Frequenzausstattung in schwachen Verbreitungsgebieten unverzichtbar.

Der SPD-Sprecher Reinhard Grätz empfand die von der CDU angeführten drei Stichworte als nicht ausreichend. Der Lokalfunk mache in Teilen eine krisenhafte Entwicklung durch – aus unterschiedlichen, noch nicht abschließend feststellbaren Gründen. Diese Schwächeperiode des Systems nach längerem Funktionieren falle mit objektiven Finanzierungsproblemen zusammen. Die negative Entwicklungstendenz sei freilich unbestreitbar. Grund sei auch der Rückgang der Einschaltquoten im letzten Jahr um zehn Prozent. Bei der Programmdauer sei insbesondere die Frage nach den Sendezeiten am Wochenende diskussionswürdig. Eine Kürzung der lokalbezogenen Sendezeiten könne das System insgesamt schwächen. Bei den Leitungskosten müßte die Telekom den Lokalstationen

entgegenkommen, was sie bisher nicht getan habe.

Der GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel räumte ein, es treffe zu, daß es in einigen Bereichen eine nicht unkomplizierte wirtschaftliche Situation für das Verlegerradio gebe. Auf der anderen Seite sei die jetzt beklagte Konkurrenzsituation bei der Einführung des Zwei-Säulenmodells schon bekannt gewesen. Diese Konkurrenzsituation hätten die Initiatoren des Privatfunks eigentlich immer gewollt. Dieser berge wirtschaftliche Risiken, woraus aber nicht der Anspruch abgeleitet werden dürfe, der Staat müsse solche Risiken ausgleichen. Wo sich Lokalfunk in schwieriger Lage befinde, bestehe der richtige Weg nicht in einer Kürzung des Angebots, sondern in der Nutzung der vorhandenen Marktlücke. Hier gebe es ein breites Feld für guten örtlichen Journalismus, das kaum genutzt werde.

Dem Lokalfunk gehe es auch schlecht, weil das vom Parlament geschaffene Gesetz seine Spielräume einschränke, aber ebenso wegen der Konkurrenz von Eins Live, dem 1. Hörfunkprogramm des WDR, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann. Im Grunde sei es eine unzulässige Konstellation, daß Vertreter des WDR per Gesetz mit im Aufsichtsrat von „Radio NRW“ säßen und dessen Zielen das WDR-Hörfunkprogramm anpaßten. Der Markt könne die Situation nicht klären. Der Erfolg eines Lokalfunks hänge nicht von der Sendedauer, sondern von der Qualität und der Aktualität seines Programms ab.

### Qualität und Aktualität

Die SPD-Abgeordnete Karin Jung hielt es für möglich, daß die Verleger, die neben ihren unterschiedlichen Presseerzeugnissen jetzt auch Lokalfunk machen dürften, dazu gar nicht in der Lage seien. Beim Anhören mancher Lokalprogramme könne man meinen, hier erfüllten die Zeitungsverleger lediglich eine Pflichtaufgabe, ohne Ideen zu entwickeln. Offenbar handele es sich um „eine staatlich lizenzierte Möglichkeit zum Gelderwerb“.

Bei „Radio Ruhr“ habe man immer schon gewußt, daß dieser Sender wegen des von ihm zu betreuenden ländlichen Raums nur schwer Lokalwerbung akquirieren könne, meinte Reinhard Grätz in einer weiteren Stellungnahme. Offenbar hätten da über Jahre gravierende Managementfehler stattgefunden.

Zur Lage des Lokalfunks im Wettbewerb ergänzte Ruth Hieronymi, daß die Kündigung der acht Verträge sämtlich im Verbreitungsgebiet der „WAZ“ erfolgt sei. Probleme ergäben sich offensichtlich im Verbreitungsgebiet der genannten Zeitung, und es gehe nicht an, sämtliche Verleger an den Pranger zu stellen.

Die Rundfunkkommission habe sich mit der künftigen Entwicklung der Landesanstalt für Rundfunk (Lfr) befaßt, stellte Hermann-Josef Arentz (CDU) fest. Es habe ein einstimmiges Votum sämtlicher Beteiligten gegeben, wonach in der Mittelverteilung zwischen Filmstiftung und Lfr das bestehende Verhältnis eindeutig zugunsten der Landesanstalt verändert werden müsse.

Die größte Gefahr für den Lokalfunk erblickte der SPD-Medienexperte Marc Jan Eumann darin, daß sich das System ständig im Gerede befinde. Der Gesetzgeber sollte sorgsam prüfen, welche Verantwortung er dafür zu übernehmen habe. Durch permanente Wiederholung würden Behauptungen nicht zu Tatsachen. Trotz der zunehmenden Bedeutung von Eins Live hätten bestimmte Lokalsender deutlich zugelegt. In den Gebieten, wo die Daten stimmten, florierten die Lokalradios. Der Bürgerfunk sei nicht als Konkurrenznachteil zu werten, sondern als eine Chance zur Vermittlung von Medienkompetenz in NRW unverzichtbarer Bestandteil des Systems.

Bei einem weiteren medienpolitischen Thema wandte sich der Hauptausschuß dem Stand des Pilotprojektes mit digitalem Hörfunk in Nordrhein-Westfalen zu. Für die Landesregierung führte Ministerialrat Dr. Lossau vom für Medien zuständigen Wirtschaftsministerium aus, in Europa gebe es weitgehend Konsens darüber, daß mittel- bzw. langfristig das heutige UKW-Netz durch den digitalen Hörfunk abgelöst werden solle. Deshalb fänden in Deutschland und in anderen Ländern Pilotversuche statt, einer der größten in Nordrhein-Westfalen. An dem auf einer Rahmenvereinbarung von 1994 beruhenden Versuch wirkten die Deutsche Telekom AG, die Landesanstalt für Rundfunk, Radio NRW, der WDR, das Deutschlandradio, der Verband der Betriebsgesellschaften, der Verband „Kommunaler Rundfunk NRW“, das Software-Institut in Dortmund, die Firmen Philips und Bosch, die DVFLR, Software-Unternehmen sowie das Wirtschaftsministerium des Landes mit. Die Beteiligten hätten einen Verein mit einem Projektbüro in Köln gegründet. Der Versuch beruhe auf der Zweiten Medienrechtsverordnung vom Oktober 1996 mit einem Versuchszeitraum von drei Jahren, die planmäßig umgesetzt werde. Das Projekt habe in NRW ein Finanzvolumen von 32 Millionen Mark. Im Rahmen des Versuchs baue der WDR ein Sendernetz im Bereich des Fernsehkanals 12 und die Deutsche Telekom ein Netz im Bereich des sogenannten L-Bandes auf. Versuchsregion sei der Großraum Köln, Bonn, Düsseldorf und Wuppertal einschließlich des Kreises Mettmann. Der Aufbau des Sendernetzes sei zur Zeit im Gange; der WDR habe seine Vorbereitungen im wesentlichen abgeschlossen. Lossau fuhr fort, der WDR mit seinen Programmen und das Deutschlandradio würden über Kanal 12 übertragen. Der WDR wolle in einem zusätzlichen Versuch „WDR 2-DAB“ ausprobieren, ob Wortanteile konstant bleiben und mit unterschiedlicher Musik unterlegt werden könnten, damit sich der Hörer selbst etwa für Pop oder Klassik entscheiden könne. Die Lokalradios gingen nach und nach auf Sender, beginnend mit Radio Köln. Radio NRW werde mit seinem Rahmenprogramm die Zeit abdecken, die nicht durch Lokalradios in Anspruch genommen werden könne. Im Rahmen des DAB-Programms könnten neben Hörfunk zusätzlich Texte und Bilder übertragen werden, etwa für Wetter- und Verkehrsinformationen. Bei dem Versuch werde zwischen programmnahen Informationen und programmabhängigen Datendiensten unterschieden, die mit Hörfunk nichts zu tun hätten.



Als aufmerksamer Leser von „Landtag intern“ erwieh sich der ADAC. Im Bericht der Landtagszeitung über die Radtour des Verkehrsausschusses in das Selfkant fiel dem Autofahrer-Club auf, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ohne sichere Kopfbedeckung im Lande unterwegs gewesen sind. Da sich der ADAC für die Verkehrssicherheit aller verantwortlich fühlt, überreichten seine NRW-Repräsentanten den Mitgliedern des Verkehrsausschusses und den Chefs der für Straßenverkehr zuständigen Kabinettsressorts (Verkehrsminister Wolfgang Clement, 3.v.l., und Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis, 5.v.r.) Fahrradhelme mit dem Hinweis auf ihre Verantwortung und ihr Vorbild für die radfahrende Wählerschaft.

Foto: Schälte

## Ausschüsse befaßt mit Klinikum Aachen

Ein Brand im Klinikum Aachen am 23. Dezember 1996 hatte in der vergangenen Woche im Wissenschafts- und im Haushaltsausschuß ein parlamentarisches Nachspiel. Ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums verneinte im Haushaltsausschuß am 16. Januar die Frage von Vorsitzendem Leo Dautzenberg (CDU), ob fehlende Landesmittel beim Brand mitursächlich gewesen seien. Beim verwaltungsgerichtlichen Streit um die Aufstockung der Werksfeuerwehr von 14 auf 39 Mann sei es um eine zu starre Verfügung des Regierungspräsidenten ge-

gangen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt sei es gelungen, die Personalstärke der Werksfeuerwehr auf 37 zu erhöhen.

CDU-Mitglieder bedauerten, daß das Image des Großklinikums durch negative Schlagzeilen beschädigt und daß Verwaltungspersonal für kontraproduktiven internen Verfahrensstreit eingesetzt worden sei. Reinhold Trinius (SPD) äußerte Unverständnis über die mangelnde Flexibilität. Alexandra Landsberg (GRÜNE) erfuhr, daß der Brand keine Dioxin-Emission verursacht habe und der Schaden von der Versicherung gedeckt sei.

Das Klinikum Aachen war erneut Thema im Haushaltsausschuß, weil sich private Laborpraxen über eine Ausschreibung im Rah-

men der Organisationsuntersuchung der Laborkosten im Klinikum Aachen gewundert hatten. Sie befürchten „Kampfpreise“ für Laborleistungen von (steuersubventionierten) Universitätskliniken und unfairen Wettbewerb. Erhebliche Einsparpotentiale in Höhe von mehr als zehn Millionen Mark pro Klinik und Jahr würden bisher verschleiert, vermuten freiberufliche Wissenschaftler aufgrund persönlicher Kenntnis der Universitätsinstitute. Sie fühlen sich durch ein kommentierendes Gutachten in unerhörter Weise herabgesetzt und weisen den Haushaltsausschuß auch auf Kostenfolgen hin. Das Wissenschaftsministerium solle seine Stellungnahme im Wortlaut zur Kenntnis geben, verlangten die Fraktionen im Ausschuß.

## Vorsitz, Assistenz und Protokollanz der Ausschüsse

| Ausschuß                      | Vorsitz Abgeordnete/r Tel.         | Assistent/in Tel.          | Stenograph/in Tel.        |
|-------------------------------|------------------------------------|----------------------------|---------------------------|
| Arbeit/Gesundheit/Soziales    | Bodo Champignon (SPD) 2643         | Frank Schlichting 2580     | Otto Schrader 2467        |
| Europapol./Entwicklungsz.     | Prof. Dr. Horst Posdorf (CDU) 2717 | Hans-J. Wegner*) 2145      | Uwe Scheidel 2476         |
| Frauenpolitik                 | Helga Giebelmann (SPD) 2160        | A. Hopstein-Menn 2177      | Franz-Josef Eilting 2465  |
| Grubensicherheit              | Eberhard Sohns (SPD) 2638          | Günter Baumann 2522        | Wolfgang Theberath 2468   |
| Hauptausschuß                 | Klaus Matthiesen (SPD) 2220        | Hans Lennertz 2226         | Otto Schrader 2467        |
| Haushalt/Finanzen             | Leo Dautzenberg (CDU) 2716         | Silvia Winands 2336        | Labes-Meckelnburg 2746    |
| Unterausschuß Personal        | Peter Bensmann (CDU) 2767          | Hans-J. Donath**) 2338     | wechselnd                 |
| Haushaltskontrolle            | Wilhelm Riebner (CDU) 2730         | Günter Baumann 2522        | Eva-Maria Bartylla 2051   |
| Innere Verwaltung             | Klaus Stallmann (CDU) 2723         | Wolfgang Fröhlecke 2488    | Heike Niemeyer 2462       |
| Kinder/Jugend/Familie         | Annegret Krauskopf (SPD) 2674      | A. Hopstein-Menn 2177      | Uwe Scheidel 2476         |
| Kommunalpolitik               | Friedrich Hofmann (SPD) 2633       | Günter Baumann 2522        | Renate Zinner 2464        |
| Kulturausschuß                | Leonhard Kuckart (CDU) 2261        | Norbert Krause 2521        | Franz-Josef Eilting 2465  |
| Ernährung/Landw./Naturschutz  | Heinrich Kruse (CDU) 2781          | Thomas Wilhelm 2523        | G. Schröder-Djug 2477     |
| Migrationsangeleg.            | Christiane Bainski (GRÜNE) 2249    | Frank Schlichting 2580     | N.N.                      |
| Petitionsausschuß             | Barbara Wischermann (CDU) 2785     | Ref.Ltr. Dr. Tamblé*) 2425 | —                         |
| Rechtsausschuß                | Gunther Sieg (SPD) 2792            | Georg Schröder 2487        | Heike Niemeyer 2462       |
| Schule/Weiterbildung          | Heinrich Meyers (CDU) 2729         | Wolfgang Kubitzky 2856     | G. Schröder-Djug 2477     |
| Sportausschuß                 | Uwe Herder (SPD) 2666              | Wolfgang Kubitzky 2856     | Wolfgang Theberath 2468   |
| Städtebau/Wohnungswesen       | Adolf Retz (SPD) 2668              | Harald Holler 2489         | Labes-Meckelnburg 2746    |
| Umweltsch./Raumordnung        | Klaus Strehl (SPD) 2151            | Thomas Wilhelm 2523        | Dr. Hildegard Müller 2433 |
| Verkehrsausschuß              | Manfred Hemmer (SPD) 2660          | Harald Holler 2489         | Renate Zinner 2464        |
| Verwaltungsstrukturreform     | Stefan Frechen (SPD) 2665          | Wolfgang Fröhlecke 2488    | Michael Endres 2011       |
| Wirtschaft/Mittelst./Technol. | Hannelore Brüning (CDU) 2536       | Georg Schröder 2487        | Wolfgang Theberath 2468   |
| Wissenschaft/Forschung        | Ingrid Fitzek (GRÜNE) 2883         | Norbert Krause 2521        | Michael Endres 2011       |
| EK Zukunft Erwerbsarbeit      | Prof. Dr. Friedh. Farthmann 2068   | Maria Anna Schmitz 2484    | Wolfgang Theberath 2468   |

\*) Dem Ausschuß für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit und dem Petitionsausschuß arbeitet jeweils ein eigenes Referat der Landtagsverwaltung zu.

\*\*) zugleich Geschäftsführer des Gutachterdienstes der Landtagsverwaltung

## Beschleunigte Verfahren auch für Jugendliche?

### Modernisiertes Verwaltungsgericht in Köln entschädigt für Umbabelastungen

*Welches Selbstverständnis hat die Justiz im Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland, und ist das Geld des Steuerzahlers nutzbringend eingesetzt? Genau diese Fragen interessierten die Mitglieder des Rechtsausschusses bei ihrer Sitzung Ende vergangenen Jahres beim Verwaltungsgericht in Köln unter Leitung des Vorsitzenden Gunther Sieg (SPD).*

Die Notwendigkeit einer Trennung von Justiz und Verwaltung wurde, so der Vorsitzende, zwar bereits im 19. Jahrhundert erkannt, richtig umgesetzt wurde sie allerdings erst nach 1945. Durch die Verwaltungsgerichtsordnung von 1960 ist nunmehr bundesweit geregelt, daß diese besondere Gerichtsbarkeit durch unabhängige von der Verwaltung getrennte Verwaltungsgerichte ausgeübt wird, die über sämtliche öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten — soweit sie nicht verfassungsrechtlicher Art und nicht Kraft Gesetzes einer anderen Zuständigkeit übertragen sind — zu entscheiden haben.

Die Vorsitzende des Richterrates, Frau Defs, beklagte die enorme Belastung des Verwaltungsgerichts in Köln — die Anhangszahlen hätten sich seit 1988 beinahe verdoppelt. Sie sah es als bedenklich an, daß dem Bürger keine zeitnahe Entscheidung mehr zukommen könne und erläuterte auch die besondere persönliche Belastung in Asylverfahren bei zunehmender Verfahrensdauer. Ebenso wie die Vorsitzende des Personalrates, Frau Lutterberg, begrüßte sie die verbesserten Arbeitsmöglichkeiten im gerade erst renovierten Verwaltungsgerichtsgebäude sowie die voraussichtlich bis Mitte des Jahres vollständige Vernetzung innerhalb der Serviceeinheit. Durch die EDV erwarten die Richter weniger Entlastung, und auch im Bereich der übrigen Verwaltung sieht man durch die Einführung der EDV nur eine bedingte Entlastungsmöglichkeit. Der Personalrat fürchtet sogar erhebliche Störungen im Betriebsfrieden und Unruhe unter den Kollegen, weshalb eine ständige Transparenz des Entwicklungsprozesses für die Betroffenen gegeben sein müsse.

Der Präsident, Professor Ernst Kutscheid, zeigte die Verfahrensentwicklung bei den Verwaltungsgerichten in Nordrhein-Westfalen in der ersten Instanz auf und prognostizierte eine auch weiterhin hohe Anhangsbelastung, bei einer nach seiner Einschätzung weiterhin durchschnittlichen Verfahrensdauer von fast zwei Jahren. Auch die Novellierung der Verwaltungsgerichtsordnung, die zum Jahresbeginn in Kraft getreten ist, wird für die erste Instanz keine Entlastung bringen, ist sich der Präsident sicher.

Für die hohen Anhangszahlen ist nach Einschätzung des Präsidenten und der Personalvertretung unter anderem verantwortlich, daß die Asylverfahrenskonzentration möglicherweise zu spät kam, so daß insgesamt 9 000 „Altverfahren“ in Köln verblieben und abgearbeitet werden müssen.

In der Diskussion unterstützten alle Fraktionen die von Roland Appel (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN) geforderte Transparenz für die Betroffenen bei der Einführung neuer Techniken innerhalb des Gerichtes. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Robert Krumbein, sah die verfahrensrechtlichen Vorschriften zum Abbau der Belastung der Justiz ausgeschöpft und forderte die Praxis auf, zur Modifizierung von Landesgesetzen entsprechende Hinweise zu geben. Er war sich mit dem Justizminister, Dr. Fritz Behrens (SPD), einig, daß die Mehrausweitung von Personal nicht die Lösung sein kann. Die Sprecherin der CDU-Fraktion, Maria-Theresia Opladen, hielt eine Prüfung der Wirkung von Gesetzen vor in Kraft treten für unbedingt notwendig. Sie warnte gleichzeitig davor, den Rechtsschutz weiterhin durch Einführung zusätzlicher Bagatellgrenzen zurückzudrängen und zeigte sich davon überzeugt, daß eine Klagewelle bosnischer Flüchtlinge durch die Abschiebepolitik in NRW geradezu provoziert werde.

In einer eindrucksvollen Vorführung wurde den Mitgliedern des Rechtsausschusses danach das neue VG/FG-Verfahren vorgeführt, mit dem für Richter und Geschäftsstelle alle einmal erfaßten notwendigen Verfahrensinformationen und Daten zur Verfügung gestellt werden. Jeder Beteiligte kann überall in Standard PC die Daten abrufen sowie verschiedene Datenbanken anzapfen. Die notwendigen PC sind bereits angeliefert, die Installation abgeschlossen, so daß in gut einem halben Jahr die Arbeitsplätze beim Verwaltungsgericht endgültig mit ADV ausgestattet sein werden.

Der Justizminister erläuterte, daß bis zum Jahre 2003 alle möglichen Arbeitsplätze im Justizbereich vernetzt sein werden. Wobei die großen Verwaltungsgerichte bereits zur Jahreswende 97/98 über entsprechende technische Ausstattung verfügen sollen.

Beim anschließenden Rundgang durch das Gebäude konnten sich die Mitglieder des Ausschusses davon überzeugen, daß im Unterbringungsbereich alle Voraussetzungen geschaffen sind, die Modernisierung abzuschließen. Der jetzige Zustand des Gebäudes entschädige für die während der Umbauarbeiten erduldeten Belastungen durch Staub und Lärm, erklärten übereinstimmend die anwesenden Personalvertreter des Verwaltungsgerichts.

In einer öffentlichen Sitzung verständigten sich die Fraktionen darauf, das Thema „Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten“ in der ersten Sitzung nach der Weih-

nachtspause abschließend zu beraten. Alle Fraktionen sprachen sich für eine Verbesserung der Opferhilfe aus und signalisierten die Bereitschaft, über eine gemeinsame Initiative in dem Bereich noch einmal nachzudenken. Abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktion der CDU, mit dem der Landtag aufgefordert werden soll, die Strafverfolgungsbehörden flächendeckend in die Lage zu versetzen, von der Möglichkeit des Verbrechensbekämpfungsgesetzes Gebrauch zu machen. Die Landesregierung soll auch aufgefordert werden zu prüfen, ob im Bereich der Jugendkriminalität das beschleunigte Verfahren Anwendung finden kann.

Nach dem von den Koalitionsfraktionen verabschiedeten Entschließungsantrag sollen Ladendiebe und andere Kriminelle künftig schneller abgeurteilt werden können. Zugleich wird hierin eine kriminologische Begleituntersuchung des beschleunigten Verfahrens zur Feststellung der Deliktarten und der general- und sozialpräventiven Wirkung des beschleunigten Verfahrens gefordert. SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren sich darüber einig, daß das beschleunigte Verfahren im Jugendkriminalrecht insbesondere bei drogenabhängigen Jugendlichen keine Anwendung finden darf und in jedem Fall auch ein Verteidiger hinzugezogen werden sollte.

Die CDU-Fraktion sieht auch in dem beschleunigten Verfahren, insbesondere nach dem „Bochumer Modell“ alle Rechte der Beschuldigten gewahrt und hält es für besonders wichtig, daß alle technischen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden und die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden mehr Unterstützung erhalten, um das Verfahren anwenden zu können, so Maria-Theresia Opladen (CDU). Robert Krumbein (SPD) sah Probleme der flächendeckenden Einführung im ländlichen Bereich, weil es nach seiner Einschätzung hier nicht möglich ist, alle Beteiligten zu organisieren.

Der Justizminister forderte eine differenzierte Betrachtung des beschleunigten Verfahrens. Der Staat müsse die jeweils richtige praktikable Reaktion auf Unrechthandlungen finden. Sein Haus weise in jeder Besprechung die Justizbehörden darauf hin, das beschleunigte Verfahren entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden. In der Diskussion sprachen sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine auch in der Anhörung zu dem Thema bereits erwähnte Hauptverhandlungshaft aus, die, so die Sprecherin der CDU-Fraktion, nie Gegenstand des von ihr vorgelegten Antrages gewesen sei.



Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Bärbel Wischermann (CDU, 3. v. l.) sowie der stellvertretende Vorsitzende, Horst Steinkühler (SPD, 2. v. l.), haben eine Petition der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen im Deutschen Beamtenbund, Bund der Technischen Beamten, Angestellten und Arbeiter (BTB NW), zum mittleren technischen Dienst der Arbeitsschutzverwaltung und der Umweltverwaltung des Landes entgegengenommen. Gleichzeitig mit der Petition übergaben die Vertreter des BTB NW eine Unterschriftenliste mit rund 1 000 Unterschriften. In ihr wird um Unterstützung für Chancengleichheit und den Abbau von Beförderungshemmnissen gebeten. Der Delegation des BTB NW gehörten die stellvertretenden Landesvorsitzenden Udo Kock und Wilhelm Terfort sowie Heinrich Röhrig, Karl-Heinz Lölbe, Heidrun Kalinka und Werner Wolter von der Fachgruppe Arbeitsschutz an.

## Tschechienreise II: Aufgeschlossenheit auf beiden Seiten fördert Ausbau der Zusammenarbeit

*Ins Nachbarland Tschechien, mit dem das deutsche Volk in besonderer Weise durch seine Vergangenheit verbunden ist, führte die mehrtägige Reise, die eine Kommission des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter Leitung seines Vorsitzenden Heinrich Meyers (CDU) im vergangenen Jahr unternommen hat. Ging es im vorigen Bericht um das tschechische Bildungswesen anhand einiger ausgewählter Schulen und Einrichtungen, so standen im zweiten Teil vor allem Gespräche mit Experten und Politikern auf der Tagesordnung. — Wir setzen damit die Berichterstattung aus der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ (Nr. 21/1996, Seite 25) fort.*

Dr. Frantisek Kozel, Hauptabteilungsdirektor für das Fachmittelschulwesen im tschechischen Bildungsministerium, betonte, er verstehe den Besuch der Parlamentarierdelegation aus Nordrhein-Westfalen als Signal für die Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit. Das Land NRW möge die Erweiterung der Beziehungen und Kontakte weiter fördern; Umsetzung und Verlängerung der Kooperation werde im tschechischen Parlament ebenso Unterstützung finden. Der Vorsitzende des Schulausschusses, Heinrich Meyers (CDU), betonte, die Delegation sei beeindruckt von der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Bildungsministerien beider Länder, die sich über eigentliche Bildungsbeziehungen, etwa bei der Lehrerfortbildung, hinausentwickelt habe. Eine der wichtigen Aufgaben des von ihm geleiteten Ausschusses sei es, die Verbesserung der Lehrerfortbildung vor dem Hintergrund der Geschichte beider Partnerländer voranzubringen.

Die Abgeordneten aus Düsseldorf trafen auch mit einer Delegation des tschechischen Ausschusses für Wissenschaft, Bildung, Kultur, Jugend und Sport zusammen, die durch seinen Vorsitzenden Michal Prokop (Demokratische Bürgerallianz) und die stellvertretenden Vorsitzenden von der Demokratischen Bürgerpartei und der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei repräsentiert wurde. Fazit dieses Meinungsaustauschs: Bis auf den Streitpunkt bei den Schulgebühren in Verbindung mit dem Hochschulgesetz besteht zwischen den tschechischen Regierungsparteien und der Opposition überwiegend Übereinstimmung über die Grundzüge der tschechischen Bildungspolitik. Für den nordrhein-westfälischen Schulausschuß war es eine Notwendigkeit, daß Tschechien in das europäische Haus einziehe. Die Bildungspolitiker aus dem Nachbarland seien gerngesehene Gäste in Düsseldorf.

Einen Dialog führte der Ausschuß mit dem Stellvertreter des Ministeriums für Schulwesen, Jugend und Sport, Dr. Kratky, und dem Leiter der Abteilung für Internationale Angelegenheiten, Dr. Cink. Thema: Die aktuelle Bildungssituation in der Tschechischen Republik. Lobend wurde die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem nordrhein-westfälischen

*Oftmals werde die wegweisende Beschilderung auf den Autobahnen heute den geänderten Gegebenheiten und den gestiegenen Anforderungen nicht mehr gerecht. Die bestehende Wegweiskonzeption sei zu überarbeiten, wegen des besseren Verständnisses von Durchsagen im Verkehrsfunk seien auch kurze und prägnante Knotennamen erforderlich; das diene schließlich auch der Verkehrssicherheit.*

Diese Antwort gibt Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) auf die Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Wolfram Kuschke, der unter Hinweis auf die Umbenennung der Anschlußstelle „Hamm-Bockum/Werne“ an der A 1 in „Hamm-Nord“ wissen wollte, ob der Wegfall des Hinweises auf bestimmte Städte im Kreis Unna aus regionalpolitischen Gründen sinnvoll sei.

Schon 1989 habe die Landesregierung, fährt der Minister in seiner Antwort (Drs. 12/1675) fort, die Straßenbauverwaltung der beiden in NRW tätigen Landschaftsverbände angewiesen, die Wegweiskonzeption zu überarbeiten, wobei mehrteilige Knotennamen auf nur einen Namensteil reduziert werden sollten. „Zwischenzeitlich sind landesweit mehr als 60 komplizierte Knotennamen vereinfacht worden“, erklärt Clement.

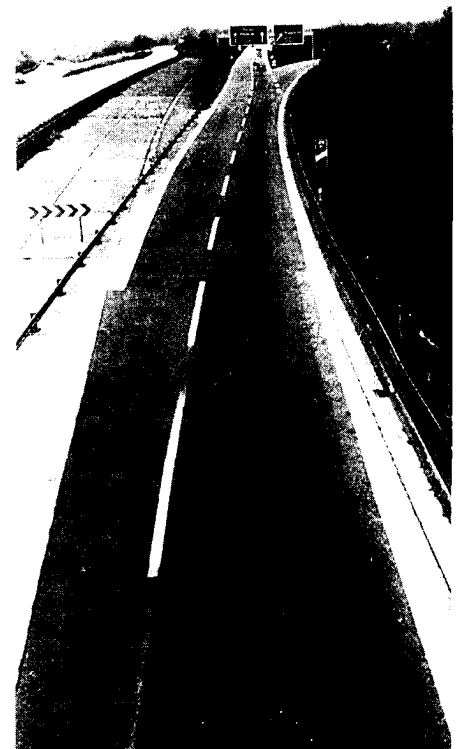
Regionalpolitische Gesichtspunkte könnten nur dann berücksichtigt werden, „wie sie mit den Belangen des weiträumigen Autobahnverkehrs in Einklang zu bringen sind“. Das Ministerium habe sich bei seiner Initiative auch auf das Verkehrssicherheitsprogramm NRW gestützt, in dem unter anderem zu einer Verbesserung der Wegweisungsqualität aufgerufen werde.

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest hervorgehoben, die auf eine Erweiterung der Kenntnisse über Nachkriegsgeschichte und europäische Integration ausgedehnt werden sollte. Das Pädagogische Zentrum in Prag bemühe sich um eine Verbesserung der Zusammenarbeit auch in der Weiterbildung mit Blick auf moderne didaktische Methoden in allen Fächern.

Dr. Cink unterstrich die wichtige Kooperation auf dem Gebiet der Lehrerfortbildung mit Nordrhein-Westfalen; sie habe höchste Qualität erfahren. Die sehr gute, fruchtbare fünfjährige Zusammenarbeit sollte fortgesetzt werden. Der Landtag möge weiter grünes Licht für die Fortsetzung der Arbeit geben, die tschechische Exekutive werden die technischen Möglichkeiten dafür schaffen. Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung begrüßte die Aufgeschlossenheit der tschechischen Partner in Schule, Ministerien und nicht zuletzt auf der parlamentarischen Ebene und stellte seine weitere Unterstützung in Aussicht.

Seit 1990 unterhält das zweisprachige Gymnasium Na Prazace in Prag mit der Europaschule — Gesamtschule Bornheim und seit 1995 mit dem Städtischen Gymnasium in Erwitte eine Schulpartnerschaft. Im Oktober 1996 hatte eine tschechisch-deutsche Schülergruppe den Landtag besucht (ein Bild davon ist in „Landtag intern“ erschienen) und mit Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung diskutiert. Nun stattete die Delegation dem Prager Gymnasium einen Gegenbesuch ab. Auch dabei wurden die Parlamentarier wie bei fast allen anderen Terminen von Dr. Dagmar Frybova, der Leiterin des Pädagogischen Zentrums Prag, begleitet.

## Neue Namen für Anschlußstellen



*Oft ein Problem: Die Orientierung auf dem dichten Autobahnnetz des Landes. Kurze Namen für Knotenpunkte sollen Erleichterung verschaffen. Foto: Archiv*

Das Gymnasium ist 1959 gegründet worden und hat 1990 den deutschen Sprachunterricht aufgenommen. Die Unterrichtsinhalte richten sich nach den Lehrinhalten und Regeln der entscheidenden Gastländer. Das Abitur wird zweisprachig abgelegt und gegenseitig anerkannt. Derzeit werden 550 Schülerinnen und Schüler von 53 Lehrern in 17 Klassen unterrichtet. Wegen des großen Mangels an Fremdsprachenlehrern arbeiten zur Zeit neun deutsche Deutschlehrer an der Schule. Fast alle Schüler schließen mit dem Abitur ab; als Erfolgszeichen wird die Zahl der angenommenen Hochschulbewerber gesehen, die sich auf 30 Prozent beläuft.

Den Abschluß der aufschlußreichen Informationsreise bildete ein Gespräch mit dem Angehörigen der tschechisch-deutschen Historikerkommission, Professor Dr. Alexander Ort von der Fakultät für Internationale Beziehungen der Prager Karls-Universität. Ort räumte erhebliche Schwierigkeiten auf dem Schulbuchsektor ein. Es fehlten weniger Bücher über die Großmächte als über deutsche Geschichte und die deutsche Frage. Dabei gebe es einen Bedarf, die deutsche Geschichte zu lernen und zu verstehen. Die Historikerkommission arbeite völlig unabhängig. Die breite Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen werde von der tschechischen Regierung und vom Europarat unterstützt. Auf die Gemeinsame Erklärung angesprochen, meinte Ort, die Deklaration sei vor allem ein innerdeutsches Problem. Er sei optimistisch hinsichtlich der Verständigung zwischen den Jugendlichen beider Völker, die unproblematisch miteinander umgingen. Dies sei eine gute Entwicklung auf dem Weg zum europäischen Haus.

## Land an Rhein und Ruhr muß sich auf seine Position in Europa vorbereiten

### Bei zweiter Lesung stellten sich Fragen nach der Zukunft

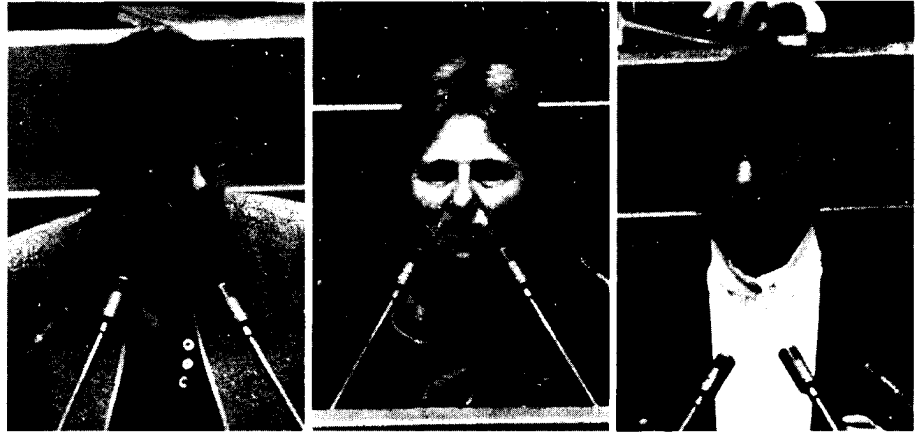
Der Landtag hatte am 11. und 12. Dezember 1996 die Einzelpläne des Haushalts 1997 des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Ministeriums für Bauen und Wohnen, des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann, wie berichtet, sowie die Einzelpläne des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, des Justizministeriums, des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten, des Landesrechnungshofs, des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, des Innenministeriums, des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, des Landtags, des Finanzministers und der allgemeinen Finanzverwaltung beraten, wobei unter dieser Einzelplanziffer 20 noch einmal eine Generaldebatte stattfand. Eingeschoben war auch als Einzelplan 18 das Gemeindefinanzierungsgesetz 1997. Die CDU-Opposition nahm an den Beratungen nicht teil, stimmte aber mit ab. Am Ende wurde der Haushalt 1997 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die CDU angenommen. Hier die Fortsetzung der Berichterstattung:

#### Gleichstellung: Gute Fraueninfrastruktur

Andere Länder beneiden nach Ansicht der Gleichstellungsministerin NRW um seine Fraueninfrastruktur. „Landtag intern“ setzt die Berichterstattung über den Einzelplan 11 des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann fort.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) bezeichnete die rot-grüne Koalition frauenpolitisch als Gewinn, das belege der Haushalt. Mädchenhäuser würden verstärkt bezuschußt. Eine Million Mark stehe für Notrufe bereit. Eine landesweite Fachstelle gegen organisierte sexuelle Gewalt werde eingerichtet. Kinderschändercliquen seien ein besonders grausames Mittel, das Beratung erfordere. Die CDU habe wichtige Anträge vorgelegt, beim Haushalt verzichte sie, nehme ihre Anträge nicht ernst. Ungeschützte Beschäftigung solle über Pools zu sozialversicherten und tariflich entlohnerten Teilzeittellen entwickelt werden.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, sagte, NRW habe eine Fraueninfrastruktur, um die es andere Länder beneiden. Eigenständige Existenzsicherung von Frauen, soziale Sicherung im Alter und Hilfe in Notlagen würden weiter unterstützt. Wirtschafts- und Strukturmittel würden für Frauenförderung eingesetzt. 49 Projekte und 1941 Teilnehmerinnen würden gefördert. Nach einem Wiedereinstiegskurs hätten bis zu 80 Prozent neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt und seien nicht mehr auf Sozialhilfe



Gute Infrastruktur für Frauen: v.l. Brigitte Speth (SPD), Marianne Hürten (GRÜNE) und Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD).  
Fotos: Schälte

angewiesen. Von Kürzungsmaßnahmen der Bundespolitik seien Frauen hart betroffen. Durch Landesmittel könne das nicht aufgefangen werden. Erstmals rufe der Bundesfrauenrat bundesweit zu Protest auf. Die Bundesfrauenministerin verteidige die Kürzungen. Frauen zurück an den Herd sei das konservative Konzept. Ungekürztes Erziehungsgeld bekämen nur noch 50 Prozent der Eltern.

auf die Stellenpläne der Situation Rechnung, indem er die angestrebte 40-Prozent-Marke für den Anteil der Personalausgaben am Gesamtvolumen mit jetzt schon 39,1 Prozent sehr deutlich unterschreite.

#### Ministerpräsident: Sorge um Rundfunkstaatsvertrag

Beim Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei wurde aktuell die Gefahr angesprochen, die dem 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag durch die Weigerung eines Bundeslandes drohte, zu unterschreiben.

**Reinhard Grätz** (SPD) erklärte zu einem aktuellen Bereich, der Rundfunkstaatsvertrag sei nach Meldungen der letzten Tage noch nicht in trockenen Tüchern. Dies sei ein weites Politikfeld, das in der Verantwortung des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei falle, in dem es „bei uns“ nicht darum gehe, außer den 150 000 Mark als Position für KEF große Finanzblöcke zu bewegen, in dem es aber darum gehe, Politik zu bewegen, was mit diesem Staatsvertrag habe geschehen sollen. „Es wäre – weiß Gott! – eine Posse, wenn es aus völlig sachfremden Erwägungen in diesen Tagen scheitern sollte, die mit Koalitionen und Nicht-Koalitionen und Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung in einem Bundesland zu tun haben“, sagte Grätz.

**Roland Appel** (GRÜNE) ging auf den Titel internationale Zusammenarbeit ein. Er freue sich, daß ihnen von seiten der Staatskanzlei versichert worden sei, daß trotz der enger werdenden Spielräume bei den 21 Millionen Mark für internationale Zusammenarbeit durch eine Straffung und durch eine erhöhte Effektivierung der Projekte mit etwas geringeren Mitteln versucht werde, dieselbe Hilfe im nächsten Jahr zu leisten. Zu den Mitteln für christlich-jüdische Zusammenarbeit sagte Appel, ihm liege besonders am Herzen hervorzuheben, daß diese Mittel über die Jahre hinweg verstetigt worden seien.

#### Stellenpläne tragen den Belastungen Rechnung

Die Koalitionsfraktionen haben sich dafür ausgesprochen, die kw-Vermerke bei den Stellenplänen zügig auszubauen.

**Lothar Niggeloh** (SPD) erklärte zu den Eckwerten zum Personalhaushalt, die Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN hielten sich streng an die Generallinie, das heiße, die Personalausgaben dürften 50 Prozent der Steuereinnahmen nicht überschreiten und sie dürften nicht mehr als 40 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Dies seien ehrgeizige Ziele, insbesondere vor dem Hintergrund der ansteigenden Pensionslasten. Da sei es nötig, die im Rahmen der Organisationsuntersuchungen eingebrachten kw-Vermerke zügig auszubauen. Zur Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer merkte Niggeloh an, im Unterausschuß Personal sei man stolz darauf, daß es gelungen sei, ein solches Arbeitszeitmodell zwischen allen Betroffenen auszuhandeln.

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) meinte, was die Stellenpläne betreffe, sei der Haushalt solide. Die Stellenpläne trügen den finanziellen Belastungen und Risiken Rechnung, denen das Land ausgesetzt sei, und zwar dadurch, daß man dem Ziel näherkomme, bis zum Ende der Wahlperiode 22 000 kw-Vermerke auszubringen und zu realisieren sowie dadurch, daß man den Anteil der Personalkosten an den Steuereinnahmen gegenüber dem bisherigen Haushalt verringere. Mit 50,6 Prozent erreiche man fast schon die im Koalitionsvertrag für eine mittlere fristvereinbarte Zielmarke von 50 Prozent. Der Haushaltsentwurf trage in bezug

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) merkte an, es wäre in der Tat schrecklich für den deutschen Föderalismus, wenn Ministerpräsidenten in jahrelanger Arbeit und dann mit dem Willen zum Kompromiß einen Staatsvertrag ausarbeiteten, fünfzehn Parlamente ihm zustimmten und das sechzehnte sage nein. Das sei die Gefahr bei Sachsen-Anhalt. Der Regierungschef gab allerdings auch seinen Eindruck wieder, daß die Gefahr gebannt sei.

## Justiz: Hohen Rechtsschutz bieten

*Von Aufbruchstimmung durch das EDV-Programm „Justiz 2003“ war in der Debatte über das Rechtswesen die Rede.*

**Robert Krumbein-Neumann** (SPD) vermerkte eine gewisse Aufbruchstimmung in der Justiz. Mit „Justiz 2003“ sei eine Modernisierungsoffensive angelegt, in der 20 000 Arbeitsplätze mit modernster Informationstechnik ausgestattet würden. Mit 2 600 kw-Stellen müsse der Preis dafür erwirtschaftet werden. Mit der Kreativität und Leistungsbereitschaft der Bediensteten könne der Prozeß erfolgreich sein, der Umdenken und auch Verzicht auf Eingriffe bedeute. Die Justiz sei auch auf Hilfe aus Bonn angewiesen. Das Betreuungsrecht und das Insolvenzrecht seien Gesetze, die Kostenlawinen auslösten. Auf Landesebene müßten andere Wege der Konfliktlösung bei Kommunalabgaben gefunden

**Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) betonte, auch in Zeiten knapper Mittel müsse den Bürgern effektiver, schneller und qualitativ hoher Rechtsschutz geboten werden. Mit einer Doppelstrategie solle Entlastung der Justiz durch gesetzgeberische Maßnahmen und durch neue interne Strukturen erreicht werden. NRW wolle durch mehr Einzelrichterverfahren 100 Stellen gewinnen. Die Dauer strafrechtlicher Verfahren solle verkürzt werden. Vereinfachungen beim Mietrecht könnten entlasten. In der Arbeitsorganisation und den Abläufen werde es zu fast revolutionären Veränderungen kommen. Das EDV-Programm „Justiz 2003“ habe ein Gesamtvolumen von einer halben Milliarde Mark. Die CDU-Verweigerung sei ein Armutszeugnis.

## Europapolitik wird zunehmend wichtiger

*Der Haushaltsplan für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten für das Jahr 1997 (Einzelplan 09) ist einer der kleineren Posten im Landeshaushalt. Die Europapolitik wird jedoch zunehmend wichtiger.*

**Gabriele Sikora** (SPD) wies darauf hin, daß zwischen europäischer und nordrhein-westfälischer Strukturpolitik ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten gebe. Auch würden zahlreiche Haushaltsansätze aus EU-Programmen gespeist und durch Landesmittel kofinanziert. Es sei wichtig, daß die Men-

nationalen Regierungen dem nicht unterordnen, sondern ihren Einfluß vergrößern. Im Haushalt seien die Mittel zur Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit aufgestockt worden. Hierbei gehe es um wichtige Projekte, wie Euregio Rhein-Ems, Regio Rhein-Waal, Regio Rhein-Maas-Nord, Regio Aachen sowie die Bundesgemeinschaft für deutsch-niederländische Zusammenarbeit.

**Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) unterstrich noch einmal die wachsende Bedeutung der Europapolitik. Das Land Nordrhein-Westfalen hätte erhebliche Interessen in Europa, die so konsequent und zielgerichtet wie möglich vertreten werden müßten. Der Einzelplan 09 des Haushaltes sei mit nur einigen Änderungen aus dem Vorjahr übernommen worden. Dies zeige, daß trotz der finanziellen Einschränkungen, das Gewicht der Europapolitik ernstgenommen würde. Die politische Diskussion über die weitere Entwicklung Europas und die Interessen, die Nordrhein-Westfalen daran hat, müsse auch von möglichst vielen politisch bewußten Bürgern mitgetragen werden.

## Umwelt, Arbeit und Wirtschaft verzahnen

*Der Einzelplan 10 des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft war in zwei Beratungsböcke aufgeteilt. Kontrovers wurde die Debatte zum ersten Beratungsböck „Umwelt, Raumordnung“ geführt. Sie schlug einen großen Bogen vom Sonderabfall bis zu Windkraftpotentialen. Der zweite Beratungsböck umfaßte die Punkte „Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz“. Dabei ging es um landwirtschaftliche Produkte aus Nordrhein-Westfalen, insgesamt um den Agrarstandort des Landes. Beim Naturschutz kamen die Bio-Stationen und die Rückführung der Em-scher innerhalb des IBA-Programmes zur Sprache.*

**Herbert Reul** (CDU), kritisierte die hohe Verschuldung des Landes, die dazu führe, daß keinerlei Handlungsspielräume mehr bestünden. Der Haushaltsplan 10 ließe keinerlei Ansätze zur Konsolidierung, zum Sparen und zum Umsteuern erkennen. Der Haushalt stünde auf einer unsoliden Finanzbasis, und im nächsten Jahr würden bereits eine Milliarde Mark fehlen. Wenn eine Opposition auf diesen Kardinalfehler in der Finanzplanung nicht aufmerksam mache, sei sie ihr Geld nicht wert. Reul bezog sich auf die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Dr. Linssen, man sei bereit bei Umsteuerungsprogrammen mitzuwirken, Wahrheiten anzunehmen und auch unpopuläre Sparmaßnahmen zu realisieren. Es ginge nicht um neue Versuche, Experimente und Sonstiges, sondern um Konsolidierung, das heiße auf deutsch: Sparen.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) wies alle Vorwürfe zurück und warf seinerseits der CDU vor, keine konstruktiven Beiträge zur Umweltpolitik leisten zu können. Nachdem man sich jahrelang mit Sanierung und Reparatur beschäftigt habe, müsse nun die Vorsorge verstärkt werden. Man müsse den Einsatz energie- und ressourcenschonen-



Medienpolitik und Staatsvertrag: v. I. Reinhard Grätz (SPD), Roland Appel (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schälte

werden. Ohne effiziente Rechtsgewährung gebe es keinen gesellschaftlichen Frieden.

**Christiane Bainski** (GRÜNE) stellte gesunkenes Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz fest. Nach Umfragen hätten 70 Prozent keine gute Meinung. Mit der umfassenden EDV-Ausstattung sei ein wichtiger Baustein für eine moderne Justiz gelegt. Mehr als zwei Drittel der Gefangenen in NRW blieben bis zum letzten Tag ihrer Strafe in Haft. Wiedereingliederung müsse gründlich vorbereitet werden. Auch dadurch könne Überbelegung abgebaut werden. Die Mittel für Straffälligenhilfe seien verdoppelt, ein dichtes Netz von Einrichtungen zum Täter-Opfer-Ausgleich geschaffen worden. Der Einsatz privater Sicherheitsdienste sei nach Schließung von Abschiebehaftanstalten verringert worden.

schen in Nordrhein-Westfalen über die bevorstehenden Entscheidungen in Europa sachlich informiert würden. Dazu leisteten das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und die von Minister Dammeyer gestartete Europainitiative wertvolle Beiträge. Es wäre zu begrüßen, wenn die Versammlung der Regionen Europas ihren ständigen Sitz in Bonn erhalten könnte.

**Ute Koczy** (GRÜNE) beklagte die mangelnden Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Im Bereich der Außen-, Innen- und Justizpolitik würden dem Parlament wichtige Mitspracherechte im Haushalt entzogen. Der europäische Gedanke bedeute, sich für eine Gemeinschaft, für einen sozialen, ökologischen, chancenmäßig gleichberechtigten Zusammenhalt der Union einzusetzen. Leider wollten sich die einzelnen

der Produktionsverfahren und Produkte vorantreiben und den Weg vom additiven zum produktionsintegrierten Umweltschutz, von nachsorgendem Reparaturbereich zum intelligenten Produktionsmanagement finden. Diese „nachhaltige Entwicklung“ müßten Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam betreiben. Man wolle die Umweltprobleme im Dreiklang von ökologischer Notwendigkeit, ökonomischer Vernunft und sozialer Verträglichkeit lösen. Hierzu böte der vorliegende Haushalt eine gute Grundlage.

**Gerd Mai** (GRÜNE) erklärte, er wolle an einigen Beispielen aus den Bereichen der Abfallpolitik, der Abwasserpolitik, des Emissionsschutzes und der Landesplanung die rot-grüne Umweltpolitik unter Federführung von Ministerin Höhn deutlich machen. Mit dem neuen Rahmenkonzept „Sonderabfall“ hätten die GRÜNEN das umgesetzt, was sie vor den Wahlen gefordert hätten. Mit der Initiative „Produktionsintegrierter Umweltschutz“ sollten gezielt ressourcensparende Technologien auf den Weg gebracht werden. Zur Siedlungsabfallpolitik habe die Ministerin ein Konzept vorgelegt, zu dem es keine sinnvolle Alternative gäbe. Das Sonderprogramm „Ökologische Wasserwirtschaft“ sichere und schaffe Arbeitsplätze und schütze gleichzeitig die Umwelt. Auch im Bereich der Luftreinhaltung habe die Ministerin deutliche Erfolge erzielt. Mai begrüßte, daß im Bereich der Windkraftpotentiale die Umweltverbände, die Windkraftverbände und die kommunalen Spitzenverbände an einem Strang zögen. Für „gute Arbeit in schwieriger Umgebung“ dankte er der Umweltministerin und dem Koalitionspartner.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) wies auf die Haushaltssperre hin, die den Umweltbereich stark beeinflusst hätte. Auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen sei Umweltpolitik gestaltbar. Um Vorsorge ginge es beim ökologischen Wasserprogramm. Im Bereich der Abfallpolitik wäre der wichtigste Teil die Abfallvermeidung. Man wolle möglichst viele Stoffe aus der Müllverbrennungsanlage heraushalten. Für die Bürger könnte dies zu Gebührenentlastungen führen. Gerade im Bereich der Abfallpolitik müsse NRW in der Umwelttechnologie Spitze bleiben. Bei der Luftbelastung seien die  $\text{SO}_2$ -Werte in den vorigen Jahren massiv zurückgegangen. Hier hätte die Landesregierung enorme Erfolge erzielt. Es gebe allerdings noch lokale Belastungsschwerpunkte; diese Probleme würden aber bereits durch Kooperation angegangen. Mit dem Windkrafterlaß seien die Weichen für einen geordneten Zubau von Windkraftanlagen gestellt worden.

## Landwirtschaft und Natur

**Horst Steinkühler** (SPD) wies darauf hin, daß der nahezu 18 Millionen Verbraucher umfassende Markt in Nordrhein-Westfalen aus heimischer landwirtschaftlicher Produktion nicht zu bedienen sei. Andererseits stelle dieser große Markt eine Riesenchance für die heimische Landwirtschaft wie auch für die leistungsfähige Nahrungsmittelindustrie dar. Wichtigste Aufgabe der Politik, des landwirtschaftlichen Berufsstandes, der Nahrungsmittelindustrie, des Han-



Priorität für Bildung: v.l. Manfred Degen (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD).  
Fotos: Schälte

dels und der Marketing-Organisationen bestehe für ihn weiterhin darin, den Verbraucher davon zu überzeugen, daß er mit Produkten aus heimischer Erzeugung ein qualitativ hochwertiges, frisches und gesundheitlich unschädliches Lebensmittel erhalte. Der Abgeordnete merkte an, daß die Intaktheit des ländlichen Raumes nicht nur für die dort lebende Bevölkerung, sondern für das ganze Land von größter Bedeutung sei.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) hielt der CDU vor, sie sei mit diesem Haushalt nicht zufrieden. „Wollen Sie, daß die Fördermittel nicht mehr ausgezahlt werden? Wollen Sie, daß die Betriebe, die auf Rechtstreue dieses Staates hoffen und einen Anspruch darauf haben, nicht mehr bauen können, daß sie nicht mehr investieren können und daß sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten?“ fragte der Abgeordnete die Union. Er begrüßte den Haushalt, weil er Rechtssicherheit und Klarheit für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in NRW biete. Er gebe den Menschen im ländlichen Raum Hoffnung und Zukunft.

**Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) erklärte, wenn man auf Bundesebene weniger Mittel zur Verfügung habe, dann müsse man auf der nächsten PLANA-Sitzung, auf der sich die Länder über die Verteilung der Mittel zu unterhalten hätten, auch darüber reden, wie diese Mittel aufgeteilt würden. Bisher bekämen die alten Bundesländer 55 und die neuen 45 Prozent. Das könne bei diesem verminderten Finanzvolumen nicht mehr der Fall sein. Deshalb werde sie sich länderübergreifend mit ihren Kollegen aus Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen und sie hoffe auch mit der Mehrheit der anderen Länder dafür einsetzen, „daß wir bei diesen verminderten Finanzen für die bäuerlichen Betriebe in NRW ein Optimum an Mitteln bereitstellen können“. Beim Thema Naturschutz hielt die Ministerin das Programm der IBA, die Rückführung des verseuchten Flusses Emscher für die Bevölkerung im Ruhrgebiet für notwendig und sinnvoll.

## Land leistet viel für Schule und Bildung

*Der Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung hat im Gesamtetat eine herausragende Position. Allein 19 Milliarden*

*Mark werden nach Angaben der Schulministerin durch diesen Einzelplan gebunden. Bildung habe ganz eindeutig Priorität, hieß es.*

**Manfred Degen** (SPD) erklärte, die Situation im Bildungsbereich sei gekennzeichnet einerseits durch den Anstieg der Schülerzahlen um 1,9 Prozent auf nahezu 2,6 Millionen Schüler im Land und andererseits durch die Festschreibung der Zahl der Lehrerstellen auf 139 672. „Wir werden keine zusätzlichen Stellen schaffen. Das gibt die Finanzlage des Landes nicht her“, sagte der Abgeordnete. Man habe aber ein Konzept gefunden, die Situation angemessen zu meistern. Die Ministerin habe im Dialog mit den Lehrerverbänden ein mittelfristiges Konzept zur Unterrichtsversorgung erarbeitet. Zum Ausbildungskonsens merkte Degen an, man habe Mittel für die Entwicklung neuer Förderkonzepte für den Unterricht von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag eingesetzt.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) meinte, eine bildungspolitische Alternative zu Rot-Grün gebe es nicht. Die CDU betreibe bildungspolitische Demagogie im Lande. Sie schade dem Schulfrieden. Zum Haushalt sagte sie, er vollziehe die ersten Maßnahmen zur mittelfristigen Unterrichtsversorgung, die SPD und GRÜNE im Sommer gemeinsam beschlossen hätten. Insofern bilde der Haushalt den gemeinsamen politischen Willen ab. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei NRW schonend mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern, um die es ja gehe, bei dem differenzierten Maßnahmenbündel umgegangen.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) bekräftigte, im Haushalt der Landesregierung habe Bildung ganz eindeutig Priorität. Der Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung wachse um 1,7 Prozent an, so daß nunmehr über 19 Milliarden Mark durch diesen Haushalt gebunden würden. Und das Ressort Schule und Weiterbildung binde 21,2 Prozent der Ausgaben des Landes. Die knapp 140 000 Lehrstellen machten 40,5 Prozent aller Stellen des für 1997 vorgesehenen Haushalts aus. Damit erbringe das Land NRW eine außerordentliche Leistung für die Bildung insgesamt. Betrachte man die Geschichte Nordrhein-Westfalens insgesamt, so dürfe man mit gutem Recht von einer Erfolgsgeschichte der Bildung sprechen. Dafür nehme sie

nicht nur die Regierungen Kühn und Rau mit ihren Kultusministern in Anspruch, diese Erfolgsgeschichte habe auch Paul Mikat (CDU) mitgestaltet.

## Wissenschaft, Forschung: Bildung kein Luxus

*Vorwürfe gingen an Bonn. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau fehlten. Der Ruf nach einer gerechteren Studienförderung wurde laut.*

**Dietrich Kessel** (SPD) hielt die Kürzung des Bundesressorts um 5,6 Prozent für ein Zeichen, wie wenig ernst die CDU Wissenschaft und Forschung nehme. In Deutschland würden nur 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben, das sei international Rang 16. Auch zu Studiengebühren schweige die CDU bzw. lehne das von der SPD geforderte Verbot ab. Über das Hochschulsonderprogramm III gebe es im Haushalt endlich Klarheit, ebenso über die Privatiuni Witten. Für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau fehlten dringend erforderliche Mittel aus Bonn.

**Ingrid Fitzek** (GRÜNE) sagte, ihre Fraktion begreife Bildung und Forschung nicht als Luxus, sondern als unabdingbar für die Zukunft des Landes. Für qualitative Reformen müßten Mittel mobilisiert werden. Zentrale Elemente seien die Reform von Studium und Lehre, Frauenförderung und ökologische und soziale Forschungen. Im Ressorthaushalt würden die Mittel für Forschung gesteigert und erstmals Projekte wie sanfte Chemie, Gesundheit, Produktion und Dienstleistung gefördert. Aufgestockt seien die Mittel für Existenzgründungen von Nachwuchswissenschaftlern.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) hielt die Steigerung der Forschungsförderung im Haushalt trotz des geringen Gesamt-Plus gegenüber 1996 für wichtig. Auch die Mittel für Lehre würden gesteigert. Das BAföG werde durch den Bund kaputtgespart. NRW habe für Fortsetzung der Studienabschlußförderung gesorgt und die Verzinsung in der Regelstudienzeit verhindert. Heute erhalte nicht einmal jeder fünfte Studierende BAföG und davon nur jeder vierte den Höchstsatz. Das sei dramatisch negativ. Eine neue, gerechte Studienförderung müsse auf die Tagesordnung 1997.

Wichtig sei ihr, daß Oberhausen und Münster zu Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und daß Zukunftsfelder gefördert werden könnten. Für die bundesweit beste Breitbandvernetzung von NRW-Hochschulen stünden 4,5 Millionen Mark zur Verfügung, für die Datenautobahn Millionen.

## Innenministerium: 46 000 bei der Polizei des Landes

*Mehr Stellen bei der Polizei, der „schlanke Staat“ und die Wahrung öffentlicher Sicherheit bestimmten die Thematik bei der Debatte über den Haushalt des Innenministers.*

**Stefan Frechen** (SPD) sah im Verweigern der CDU einen Beitrag zum „schlanken Staat“ und im Verzicht auf Anträge zu öffentlicher Sicherheit und Ordnung weise Einsicht in die Kompetenz der SPD. Er hielt den Einzelplan des Innenministers für eine Erfolgsstory. 46 000 Polizeibeamte seien NRW-Höchststand. Mit dem Haushalt 1997 würden 76 Prozent der Schutzpolizei Beamte des gehobenen Dienstes. Behörden und Leitstellen seien mit moderner Technik ausgestattet. Weitere Aufgaben seien Budgetierung, Beurteilungsrichtlinien, Änderung der Polizeiorganisation.

**Roland Appel** (GRÜNE) vermißte Aussagen der CDU zu angeblichen Sicherheitslücken in NRW, das mit diesem Haushalt seine bürgernahe Polizei weiter verstetige, die vor Ort gegen Kriminalität vorgehen könne. Die GRÜNEN hätten Projekte über Probleme von Minderheiten durchgesetzt. Antischwule Gewalt habe zugenommen. SPD und GRÜNE wollten mit der CDU über eine Antidiskriminierungsklausel in der Landesverfassung reden. Die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Datenschutzbeauftragten würden verdoppelt, allerdings erhalte der Verfassungsschutz vierzehnmal soviel.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) hielt die CDU-Frage nach Folgen der reduzierten Einstellungen bei der Polizei für berechtigt. Im Haushalt 1997 gebe es mehr Stellen wegen der Fluktuation bei Polizeibeamten. 1998 werde es weiteres Anwachsen der Planstellen geben. Im Jahr 2000 soll es wieder 45 149 Polizeivollzugsbeamte geben wie 1996. Die sechs Budgetbehörden dürften eingesparte Mittel in Höhe von fünf Prozent übertragen, das sei ein wichtiger Vor-

gang. Die Kreispolizei Soest werde gerade von der Verwaltungsakademie Speyer ausgezeichnet. Eine Einschränkung der operativen Aufgaben des Verfassungsschutzes sei mit ihm nicht zu machen. Sachbeschädigungen und Anschläge Rechts- und Linksextremistischer würden eher zunehmen. Er stehe zur Wahrung öffentlicher Sicherheit.

## Bei Gemeindefinanzierung Kompromiß gefunden

*Der Verbundsatz von 23 Prozent habe sich in schwierigen Zeiten als stabil erwiesen, hieß es bei den Etatberatungen zur Gemeindefinanzierung.*

**Walter Grever** (SPD) bezifferte das Haushaltsvolumen für die Gemeinden auf insgesamt 21,8 Milliarden Mark und lobte den Verbundsatz von 23 Prozent als stabil in schwierigen Zeiten. Um die Verteilung sei gerungen und ein Kompromiß gefunden worden, der von sehr vielen Gemeinden akzeptiert werde. Der Ausgleichssatz werde auf 90 Prozent gesenkt und zwei Drittel der Verluste würden ausgeglichen. Die verbliebenen Zweckzuweisungen von 6,5 Prozent würden für den Schulba, für Stadterneuerung, für Sportstätten und Museen verwendet. Neu und sinnvoll sei der Bereich Entwicklungspolitik in den Gemeinden.

**Ewald Groth** (GRÜNE) erklärte, der Anstieg der allgemeinen Zuweisungen um zwei Prozent und der Schlüsselzuweisungen 1997 um 170 Millionen auf 8,4 Milliarden Mark könnten sich bundesweit sehen lassen. Bei der IFO-Umsetzung gehe es konsequent weiter mit der Weiterentwicklung des Soziallasten- und des Zentralitätsansatzes. Wie in 1996 bekämen auch 1997 die Gemeinden mehr Geld in ihre Kassen. Beim Strukturfonds für die Verlierergemeinden, auch im kreisangehörigen Raum, solle es nach Ansicht der GRÜNEN allgemeingültige Kriterien geben. Die Finanzlöcher würden in der Bonner Koalition erzeugt und seien nicht gottgegeben. Nur dem Verhandlungsschick der Länder sei zu danken, daß das Loch nur 1,1 Milliarden, für NRW 300 Millionen Mark betrage. Die Opposition verschleife eine Sternstunde beim Ausgleich für Bürgerkriegsflüchtlinge. Sie stehe kommunalpolitisch mit dem Rücken an der Wand.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) hielt das Redeverbot für den Vizepräsidenten des Städte- und Gemeindebunds und kommunalpolitischen Sprechers der CDU Albert Leifert durch die eigene Fraktion für bemerkenswert und bedauerte den Abgeordneten. Für 150 von der CDU angekündigte Gemeindeklagen gebe es keine Grundlage. Der spannenden Grundsatzdebatte über Verzicht auf Zweckzuweisungen und Senkung des Verbundsatzes entziehe sich die Opposition leider.

## Stadtentwicklung, Kultur und Sport

*Knapp 802 Millionen Mark umfaßt der Landeshaushalt im Bereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport; er*



Bildungsausgaben und Studiengebühren: v.l. Dietrich Kessel (SPD), Ingrid Fitzek (GRÜNE) und Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD).  
Fotos: Schälte

stellt damit einen wichtigen Anteil des Investitionsprogramms des Landes für die Städte und Gemeinden dar. In zweiter Lesung stimmten SPD und GRÜNE dem Etat zu, die CDU votierte dagegen.

**Adolf Retz** (SPD) betonte, man werde die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre in diesem Bereich fortsetzen; mit ihren Investitionsmitteln sei die Städtebauförderung auch arbeitsmarktpolitisches Instrument, da Arbeitsplätze gesichert und die Bauindustrie unterstützt würden. Weiter gehe es mit den neuen Feldern Stadtlogistik und Stadtmarketing, um die Stadtstrukturen als Lebensraum besser als heute zu gestalten. Vom Bund hätte man sich mehr Unterstützung erhofft.

**Hedwig Tärner** (GRÜNE) bezeichnete Stadtentwicklung und Stadterneuerung als „Werkzeug zur Vitalisierung der Städte“. Die Politik in diesem Bereich sei Schritt für Schritt zu einem struktur- und arbeitsmarktpolitischen Werkzeug umzubauen; dabei löse die Initialzündung staatlicher Mittel private Investitionen aus, die bis zu achtmal höher seien. Im übrigen müsse

Millionen werde das Bibliothekswesen stärker unterstützt, habe man die Barmittel zum Erwerb von Kunstwerken heraufgesetzt, fördere die Soziokultur intensiver und habe man den Ansatz für die Frauenkultur deutlich erhöht; eine kleine Verbesserung habe es auch bei der Filmförderung gegeben.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) zeigte sich stolz auf das „echt rot-grüne Kind“, die Frauenkulturförderung. Die Projektförderung in der Soziokultur sei ein unverzichtbarer Ausgleich für rückläufige kommunale Förderung. Sie frage, ob sich allorts schon die Erkenntnis verfestigt habe, „daß die vielfältige und differenzierte Kultur eine Voraussetzung für eine florierende Kultur- und Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist“. Da dürfe man im Verteilungskampf als Kulturpolitiker nicht zu selbstbescheiden sein und zu kurz kommen.

**Ministerin Ilse Brusis** (SPD) wertete es als erfreulich, daß es in einigen Bereichen gelungen sei, die Ansätze zu erhöhen: Die Landesorchester erhielten 1,5 Millionen mehr, die Laienmusikförderung 300 000,

talopposition“. Für die SPD und die GRÜNEN könne er mit Blick auf den Landeshaushalt feststellen: „Erstens: Der Sport hat einen hohen Stellenwert. Zweitens: Am Sport wird nicht gekürzt“. Das Volumen des Landessportplans in Höhe von rund 186 Millionen sei sogar leicht erhöht worden, der Baransatz für den Sportstättenbau werde um 3,4 Millionen Mark angehoben.

**Gerd Mai** (GRÜNE) sah eine große Leistung darin, daß die Ansätze für das kommende Jahr im Sport gehalten oder leicht ausgebaut werden konnten – trotz der enger werdenden Finanzspielräume. Das zeige sich beim Sportstättenbau und bei der weiterentwickelten Breitensportorientierung des Etats; weitere Schwerpunkte seien Sport für Frauen und Mädchen und Sportunterricht – der in dem Sinne, daß sich seine herkömmliche Form ändern müsse.

**Ministerin Ilse Brusis** (SPD) betonte ebenfalls die Bedeutung des Schulsports; die Gesundheitserziehung müsse verstärkt werden: So solle der Ausbau von Förder- und Fitneßgruppen im Rahmen des außerunterrichtlichen Sports fortgesetzt werden. Die Unterstützung bestimmter Zielgruppen werde fortgesetzt; die Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen werde auch 1997 gehalten, dafür stünden im Landessportplan insgesamt 95 Millionen zur Verfügung. Unverändert werde fortgesetzt das Handlungsprogramm „Ehrenamt im Sport“, weil es die Sportvereine, „die die Grundlage für unsere gesamte Breitensporttätigkeit sind“, stärke.



Ausgleich für die Gemeinden: v. l. Walter Greverer (SPD), Ewald Groth (GRÜNE) und Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD). Fotos: Schälte

die Stadtentwicklungspolitik auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein, verlangte sie.

**Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis** (SPD) machte den Widerspruch zwischen den Worten des Bundesbauministers und dem faktischen Ausstieg des Bundes aus der Städtebauförderung deutlich: Der Bund stelle Ansprüche, lasse aber Länder, Städte und Gemeinden in der praktischen Politik allein. Erfreulicherweise liege die Städtebauförderung des Landes „seit Jahren sehr stabil auf hohem Niveau“; das Land liege im Bundesvergleich ganz vorn. Die CDU lasse dagegen ein Konzept zur Revitalisierung schwieriger Stadtteile vermissen.

## Kultur

**Manfred Böcker** (SPD) bemerkte, trotz der erforderlichen Einsparungen sei der Kulturretat auf einem Niveau, „das Kulturarbeit im Lande auch im nächsten Jahr auf finanziell sichere Füße stellt“. Es habe gegenüber dem Entwurf keine Abstriche gegeben, kurz, man könne sich mit dem Haushalt im Lande durchaus blicken lassen. Mit der erreichten Erhöhung von einer

die freien Theater 830 000 und die kommunalen Filmfestivals rund 500 000 Mark zusätzlich. Wenn auch mehr wünschenswert wäre, könne mit diesen Geldern doch einiges bewirkt werden. Besonders freue sie sich, „die vertragsmäßige Förderung der jüdischen Kultusgemeinden in Nordrhein-Westfalen erheblich aufbessern zu können“. Eine Kulturlandschaft, die sich nicht weiterentwickle, werde verkümmern.

**Brigitte Hermann** (GRÜNE) begrüßte, daß der größte Teil der Aufstockung den öffentlichen Bibliotheken zugute komme: „Wir wollen, daß sich die Bibliotheken der Städte und Gemeinden zu Informationszentren entwickeln, zu denen jede und jeder ungehindert gerade auch Zugang zu den neuen Medien hat.“ Dafür sei es wichtig, daß die Grundvoraussetzungen geschaffen würden.

## Sport

**Dr. Hans Kraft** (SPD) monierte, daß die Opposition keinen Antrag zum Sport eingebracht habe, das sei etwas völlig Neues. Statt dessen mache die CDU „Fundamen-

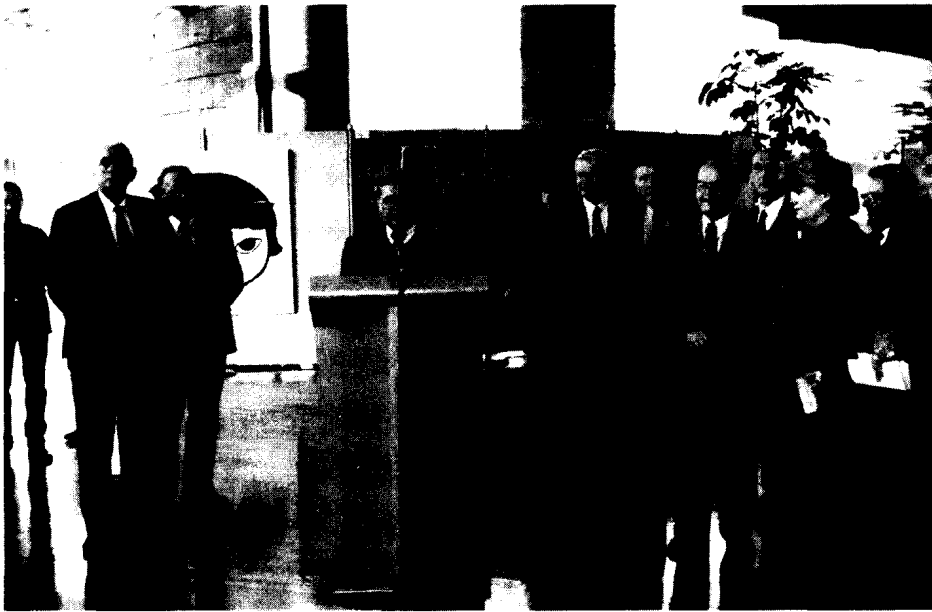
## Landtag

Wortmeldungen lagen nicht vor. Das Plenum kam direkt zur Abstimmung über den Einzelplan 01. Es folgte mehrheitlich der Beschlußempfehlung. Der Etat des Landesparlaments wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

## Generaldebatte mit Kritik und Vorwürfen

Beim Einzelplan 12 des Finanzministers in Verbindung mit Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung und Haushaltsgesetz 1997 kam es noch einmal zu einer Generaldebatte, die nicht ohne Schärfe geführt wurde. Die CDU-Opposition hielt das Zahlenwerk des Haushaltsentwurfs weiter für verfassungswidrig. SPD und GRÜNE hielten ihr vor, sie begehe mit ihrem Boykott der Aussprache Arbeitsverweigerung. Zur Debatte standen auch ein Änderungsantrag der CDU (Drs. 12/1595).

**Irmgard Mierbach** (SPD) betonte, in beiden Lesungen des Haushalts- und Finanzausschusses seien seitens der CDU zeitraubende und unnötige Generaldebatten mit Staatssekretär Gerlach und Finanzminister Schleußer über das Jahressteuergesetz 1997 und die Steuerschätzung geführt worden. (Fortsetzung Seite 13)



Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat den diesjährigen Ausstellungs-Kalender im Landtag mit einer eindrucksvollen Kunstaussstellung eröffnet. Sie trägt den Namen „Düsseldorf – Andere Orte“ und ist ein gemeinsames Projekt des Kultursekretariats NRW in Gütersloh und von siebzehn Künstlerinnen und Künstlern aus fünf Kontinenten, die ihre Werke aus den Sparten Malerei, Bildhauerei, Fotografie, Video und Installation in der Wandelhalle des Parlaments bis zum 24. Januar präsentieren. Der Präsident begrüßte bei der Eröffnung die persönlich anwesenden Kunstschaaffenden Valeriano (Peru), Sylwia Graya (Polen), Gul Ramani (Indien), El Loko (Togo), Anton Laiko (Rußland), Roswitha Riebe-Beicht, Till Hausmann und Jan Verbeek (alle Deutschland). Ausgestellt sind ferner Werke von Yoshitomo Nara (Japan), Christina Borroso und Siron Franco (beide Brasilien), Paul (USA), Graciela Iturbide (Mexiko), Inticon (Peru), Jenny Watson (Australien), Massimo Wanssi (Ghana) und der Brüder Zhou (China). Ulrich Schmidt wies darauf hin, die Künstlerinnen und Künstler dieser Ausstellung, deren Arbeit sie alle irgendwann einmal nach Deutschland gebracht habe, vertreten verschiedene künstlerische Standpunkte. Sie hätten ihren Ursprung natürlich in eigenen Traditionen. Aber sie hätten alle eine grundlegende gemeinsame Fragestellung: Wie verbinde ich den eigenen kulturellen Hintergrund mit der Offenheit anderen gegenüber? „Die Künstlerinnen und Künstler wollen uns dazu ermutigen, unseren stark europazentrierten Blick auf andere, ebenso wichtige Kulturregionen zu richten“, schloß Schmidt. Im Anschluß an den Präsidenten erläuterte Meinolf Jansing, Geschäftsführer des Kultursekretariats NRW Gütersloh, die Ausstellung. Das Bild zeigt v. l. Landtagsvizepräsident Dr. Hans Ulrich Klose, Wilhelm Krömer (CDU), Präsident Ulrich Schmidt, die SPD-Abgeordneten Adolf Retz, Hans Kern, Hermann Jansen und Günter Weber, Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber und Jürgen Jentsch (SPD).

Foto: Schälte

## Zweite Lesung...

(Fortsetzung von Seite 12)

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) merkte an, der Antrag der CDU sei gar kein Änderungsantrag. Die CDU sei nicht einmal in der Lage, richtige Änderungsanträge zu stellen.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) schloß, dieses sei das Abschiednehmen von der Rolle der Opposition.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, meinte, den großen CDU-Änderungsantrag von 14 Seiten zu lesen, sei vielleicht für einige von der Regierungskoalition zu mühsam. In ihm sei die komplette Alternative zu dieser verfehlten Regierungspolitik aufgezeigt.

**Reinhold Trinius** (SPD) hielt der CDU vor, was sie hier vorgeführt habe, das sei Arbeitsverweigerung.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) schrieb der Regierung „ins Stammbuch“, sie sei noch 200 Millionen Mark von der verfassungsmäßigen Grenze entfernt, die vorgeschrieben worden sei, wie Investitionen aussehen müßten, wie die Nettoneuverschuldung aussehen dürfe.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) hielt der CDU vor, sie habe hier „Klippschulökonomie“ geboten.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) erklärte, die Bundesrepublik Deutschland und die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland hätten noch nie eine so hohe Steuer- und Abgabenbelastung gehabt wie unter der Regierung Kohl.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, sagte: „Herr Dr. Linssen; Sie haben heute und gestern Pech: Alles, was Sie hier bieten, ist eine mit ein bißchen Ernst durchsetzte Lachnummer, die von Auftritt zu Auftritt für das Publikum nicht attraktiver wird. Abschließend hielt der SPD-Fraktionschef der CDU vor, es sei schlimm, daß sie hier keine Opposition gemacht habe, sondern nur Obstruktion.“

**Roland Appel** (GRÜNE), Fraktionssprecher, sagte: „Herr Linssen: Diese Art von Oppositionspolitik hätten die CDU-Wähler nicht verdient.“

„Regionale Arbeitsstelle für ausländische Kinder und Jugendliche“ in Düsseldorf. Hier wurde den Besuchern ein mit dem CIVIS-Preis ausgezeichnetes Video zum Thema „Rassismus“ gezeigt, das Schülerinnen und Schüler der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Gesamtschule selbst gedreht hatten. Außerdem wurden die beiden Projekte „Schule ohne Rassismus“ und „Übergangsphase Schule/Beruf“ vorgestellt. Alle in Düsseldorf gesammelten Informationen sollen in einen Bericht der Bildungscommission über die Bemühungen der Regionen innerhalb der EU im Bereich der multikulturellen Bildung einfließen. Mitte des Jahres 1997 ist zu diesem Thema eine Abschlußkonferenz in Thessaloniki geplant.

## Seminar der AdR-Bildungskommission erörtert „Multikulturelle Bildung“

Vertreter aus acht Ländern nahmen am Seminar der Bildungskommission des Ausschusses der Regionen (AdR) zum Thema „Multikulturelle Bildung“ in den Räumen des nordrhein-westfälischen Landtags in Düsseldorf teil. Der Ausschuß der Regionen ist ein durch den Maastrichter Vertrag geschaffenes Gremium, das die Interessen der Regionen innerhalb der Europäischen Union vertritt.

Von deutscher Seite nahmen der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Loke Mernizka und sein Stellvertreter im Ausschuß der Regionen, Norbert Giltjes (ebenfalls Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags), an diesem Seminar teil. Nach der Eröffnung der auswärtigen Sitzung der Bildungskommission durch die britische Vorsitzende, Lady Farrington, hielt der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen und Vizepräsident des Ausschusses der Regionen, Professor Dr. Manfred Dammeyer, eine einführende Rede zum Thema „Multikulturelle Bildung“. Im Anschluß an die Eingangsrede von Minister Dammeyer begrüßte Lady Farrington die Referentinnen und Referenten Christiane Bainski, Vorsitzende des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten

im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Theo Verhoeven vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heide Elsholz, Jagoda Illner, Dr. Eike Thürmann und Dr. Klaus Gebauer vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den Leiter der Hauptstelle der „Regionalen Arbeitsstellen für ausländische Kinder und Jugendliche“ in Nordrhein-Westfalen, Günter Dreesen. Die Experten unterrichteten die AdR-Mitglieder im Verlauf der Sitzung ausführlich über ihre Arbeit im Bereich der multikulturellen Bildung.

Nach Beendigung der Sitzung lud der Präsident des Landtags, Ulrich Schmidt, die Mitglieder der Bildungskommission zu einem Empfang ein und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Seminar zur „Multikulturellen Bildung“ im nordrhein-westfälischen Landtag stattfinden konnte. Die Vorsitzende der Bildungskommission, Lady Farrington, bedankte sich für die Gastfreundschaft und die reichhaltigen Informationen, die sie und die übrigen AdR-Mitglieder über die Arbeit zur multikulturellen Erziehung in Nordrhein-Westfalen erhalten hätten.

Im Anschluß an den Empfang besuchten die Mitglieder der Fachkommission die

# Keine Einigkeit über Auswirkungen des Sparpaketes auf die Kurorte des Landes

*Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat der Landtag am 13. Dezember vergangenen Jahres das Thema „Bonner Streichungspolitik bei den Rehabilitationsmaßnahmen gefährdet Kurorte in Nordrhein-Westfalen“ erörtert. Das geschah auf Antrag der SPD-Fraktion.*

**Ina Meise-Laukamp** (SPD) zeigte die Auswirkungen der „von einer Regierung verordneten branchenspezifischen Krise“ am Beispiel von Bad Meinberg nach. Hier seien bei 4 400 Einwohnern 1600 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Branche „Kur“ abhängig: „Bis Mitte 1997 werden von den 1600 Arbeitsplätzen nur noch 1000 da sein.“ Es werde Einnahmeverluste für Familien und die ganze Stadt geben: „Wir befürchten eine Verödung des Ortes.“ Von den 110 Kurkliniken der 43 Kurorte des Landes befänden sich 67 in Ostwestfalen; von den 22 Kliniken, die Massenentlassungen angekündigt hätten, lägen 20 in dieser Region. Meise-Laukamp: „Noch nie hat es in der Vergangenheit der Bundesrepublik auf Befehl des Gesetzgebers eine Zerschlagung von funktionierenden Branchen gegeben wie im Heilbäder- und Kurortewesen.“ Sie sei sich aber sicher, daß die Landesregierung Ostwestfalen in dieser Situation nicht im Stich lassen werde.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) hielt nichts von diesem, wie er sagte, „Zerrbild der Wirklichkeit“ und riet, die Faktenentwicklung anzusehen. So habe es im Bereich der Krankenversicherung von 1991 bis 1995 einen medizinisch nicht zu erklärenden Zuwachs bei den Kuren von 70 Prozent gegeben. Wenn man angesichts der Kostenentwicklung die Notbremse ziehe, dann sei festzuhalten, daß in der Krankenversicherung bei einer Kürzung um 860 Millionen der Zuwachs eines einzigen Jahres (von 1994 auf 1995) zurückgeholt werde: „Wer vor diesem Hintergrund von Kahlschlag spricht, hat überhaupt nicht verstanden, wie erst die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist.“ Die Prognosen über die Auswirkungen vor Ort seien weit weg von der Wirklichkeit.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) warf der CDU „ignorante Kaltschnäuzigkeit“ gegenüber den Existenznöten der Menschen in den Kurorten vor. Der Frontalangriff auf den Wirtschaftszweig Rehabilitation bedrohe unmittelbar 50 000 Arbeitsplätze, erklärte er und bezifferte die Zahl der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein in Ostwestfalen auf zwischen 9 000 und 12 000 — „das ist für die Kurorte eine Lage wie weiland Duisburg-Rheinhausen“. Die Zunahme der Kuren habe ihre sachlich begründeten Ursachen, und durch Demontage der Rehabilitation werde ein Mehrfaches an Kostensteigerungen durch zusätzliche stationäre Behandlung und zusätzliche Pflege programmiert — so werde nachher Geld mit beiden Händen aus dem Fenster geworfen. Von Vernunft und Verstand könne in Bonn keine Rede mehr sein, statt dessen würden Kranke, Behinderte und Beschäftigte des Gesundheitswesens „terrorisiert“.

**Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) kritisierte, schon vor Gesetzeskraft geschehe „eine Diskreditierung des Kurens

und der Rehabilitation durch die Bundesregierung“; es sei ein einmaliger Vorgang, daß eine verantwortliche Regierung einen erfolgreichen Wirtschaftszweig durch verächtliches Gerede in die Krise treibe. Wer durch eine Leistungsreduzierung in der medizinischen Rehabilitation die Gesundheitskosten zu senken trachte, der „scheine von Gesundheitspolitik wenig oder gar nichts zu verstehen“. Er verursache nur neue Belastungen in der teuren stationären Akutversorgung und durch zunehmende Frühverrentung. Gegen die hohen Krankheitskosten müsse etwas getan werden, die Kranken dürften nicht bestraft werden. Das, was das Land den Kurorten an Hilfen geben könne, werde getan — „wir werden nicht lockerlassen und uns für eine Zukunft der medizinischen Rehabilitation einsetzen“.

**Heinz Paus** (CDU) verlangte keine Schuldzuweisungen, sondern Diskussion über die Perspektive der Kurorte. Die Kurausgaben würden nur auf die Basis des Jahres 1993 zurückgefahren, in den Kurorten gingen aber nicht die Lichter aus. Überzogenes Krisengerede demotiviere und frustriere. Statt dessen müßten die Bäder massiv in ihren Angeboten und vor allem in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf Qualität setzen.

**Bodo Champignon** (SPD) fand, die CDU habe nicht wahrgenommen, „daß in den Kurorten die blanke Angst grassiert“. Die monostrukturierten Kurorte drohten zu Bruchflächen zu werden, ihre Arbeitslosigkeit werde stärker anwachsen als im Ruhrgebiet. Für das Staatsbad Oeynhausen, dessen Arbeitsgruppe er leite, werde im ersten Quartal dieses Jahres ein Einnahmeverlust von 2,25 Millionen Mark stattfinden. Es sei „Zynismus“, ein Gesetz mit dem Ziel, mehr Wachstum und Beschäftigung in die Welt zu setzen und dann genau das Gegenteil zu bewirken.



*Leere Bänke, leere Betten — die Kurorte und Heilbäder haben angesichts der Kostensenkungsmaßnahmen im Gesundheitswesen schwere Sorgen. Der Landtag debattierte über das Problem, damit diese eher untypische Momentaufnahme zu früher Stunde an einem trüben Tag aus dem Kurpark von Bad Oeynhausen nicht zum alltäglichen Bild der Verödung in Ostwestfalen-Lippe wird. Foto: Archiv*

**Laurenz Meyer** (CDU) schlug Überlegungen darüber vor, wie den Kurorten zu helfen sei, den angesagten Strukturwandel zu bewältigen und attraktiver zu werden. So würde dann für Kuren weniger Geld ins Ausland getragen, sondern hier ausgegeben. Ein anderes Mittel wäre, die Ladenöffnungszeiten in den Kurorten anzupacken und Strukturmittel zur Verfügung zu stellen. Darüber werde man reden müssen.

**Michael Scheffler** (SPD) qualifizierte das Sparpaket der Bundesregierung als „teure Nachnahme für die Menschen und Kurorte in Nordrhein-Westfalen“. Hier sei vom Gespann Seehofer/Möllemann eine Strukturkrise verabredet und verordnet worden: „Aber wir wollen nicht, daß wie in Bonn verabredet der Sozialstaat zerschlagen werde.“ Die CDU versuche, die Situation zu beschwichtigen, das trage nicht zu ihrer Glaubwürdigkeit bei.

**Wilhelm Krömer** (CDU) sah eine der Ursachen in der Erhöhung der Bettenkapazität in Ostwestfalen in den Jahren 1991 bis 1995 um 31 Prozent. Wer angesichts dieser Überkapazität nur problematisiere anstatt zu Lösungsansätzen zu kommen, der destabilisiere die Kurorte. Die Landesversicherungsanstalten sollten stärker als bisher die Kurpatienten aus dem eigenen Land „umsteuern“, wie das in anderen Bundesländern auch getan werde. Außerdem sei die Wirtschaftsförderung für Ostwestfalen zu intensivieren.

**Wolfram Kuschke** (SPD) kündigte an, daß man der CDU diese Haltung nicht durchgehen lasse werde, die an „Biedermann und die Brandstifter“ gemahne. Von der Diskussion über die Ladenöffnung sei nicht viel zu erwarten, auch bei der Regionalisierung der Kurgäste müsse man erst noch sehen, was unter dem Strich dabei herauskomme. Man brauche ein „vernünftiges umfassendes Konzept“, darüber sei aber nicht zu vergessen, daß die unvernünftigen Maßnahmen, die jetzt die Kurorte bedrohten, aus Bonn kämen und daß das Land kein Ausfallbürge sein könne. Im übrigen sei es unverantwortlich, wenn die CDU hier in das Horn von Herrn Seehofer stoße und damit Panikstimmung verbreite und Miesmacherei betreibe.

**Ute Koczy** (GRÜNE) sagte voraus, daß angesichts der Konzentration von Kurorten, Heilbädern, Luft- und Kneippkurorten in Ostwestfalen-Lippe Kanzler Kohl und Gesundheitsminister Seehofer „als Arbeitsplatzvernichter der Region in die Geschichte Ostwestfalens und Lippes eingehen werden“. Seehofer wolle sparen und „spart an guten Ideen und vor allem an Konzepten“; er betreibe einen konzeptionslosen Sparschlinderkurs, den lippischen Staatsbädern Bad Salzuflen und Horn-Bad Meinberg drohe der wirtschaftlich absolute Tiefpunkt.

**Minister Dr. Axel Horstmann** (SPD) warnte nachdrücklich davor, einen bedeutenden Wirtschaftszweig des Landes schlechtzureden. Er habe die Landesversicherungsanstalten aufgefordert, Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen, soweit medizinisch machbar und vertretbar, in NRW durchzuführen. Das geltende Ladenschlußgesetz sei kein Landesgesetz und lasse Sonntagsöffnungszeiten nicht zu; das müsse endlich einmal festgehalten werden.

## MDK: Unterschiedliche Einstufungspraxis

*Die teilweise erheblich voneinander abweichenden Einstufungen bei der Begutachtung der Pflegeeinstufungen durch die Medizinischen Dienste Nordrhein und Westfalen-Lippe haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Forderung veranlaßt, eine einheitliche und auf den Bedarf Pflegebedürftiger orientierte Begutachtungspraxis der Medizinischen Dienste sicherzustellen. Der entsprechende Antrag (Drs. 12/1621) wurde vom Plenum Ende vergangenen Jahres in direkter Abstimmung gegen das Votum der CDU-Fraktion angenommen.*

**Horst Vöge** (SPD) wies auf die zum Teil drastisch voneinander abweichenden Einstufungen bundesweit und innerhalb des Landes hin. Weil diese Unterschiede keineswegs mit der unterschiedlichen gesundheitlichen Verfassung der Bevölkerung zu erklären seien, „sind die Begutachtungskriterien in Frage zu stellen“. Ihm sei schleierhaft, weshalb es den beiden Medizinischen Diensten im Lande nicht gelungen sei, ihre unterschiedlichen Maßstäbe im Lauf der Zeit anzugleichen, fuhr Vöge fort und erklärte, in einer solchen Situation dürfe Politik nicht untätig sein. An den Bund sei die Forderung zu richten, die Begutachtungsrichtlinien schnellstmöglich zu überprüfen und Konzepte zur Qualifizierung der Gutachter und zum Controlling im Bereich der Begutachtung zu entwickeln. Im übrigen stelle es sich als Fehler des Bundespflegegesetzes heraus, daß es keinen gerontopsychiatrischen Pflegebedarf vorsehe.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) fand es nicht begründbar, daß die bei der Pflegeversicherung gebildeten erheblichen Rücklagen „nicht umfassend dorthin kommen, wo sie hingehören, nämlich zu den betroffenen Menschen, zu den Pflegebedürftigen“. Angesichts der erheblichen Abweichungen sei eine gründliche Überarbeitung der Bundesrichtlinien für die Begutachtung unabdingbar. Das gehe allerdings nur zusammen mit der Qualifizierung der Begutachtungspraxis im Sinne des Hilfeanspruchs der Pflegeversicherung: „Vor allem bei psychisch behinderten alten Menschen, bei Geistigbehinderten und bei Kindern mit speziellen chronischen Erkrankungen besteht da erheblicher Handlungsbedarf“.

**Wilhelm Krömer** (CDU) forderte die Koalitionsfraktionen auf, den Antrag zurückzuziehen, „um zu gemeinschaftlichem Handeln zurückzukehren“. Denn der Antrag mit seiner Kritik am Bund gehe ins Leere; so leiste sich nur NRW zwei eigene Medizinische Dienste der Krankenkassen (MDK). Angesichts des großen Bedarfs seien viele unerfahrene Kräfte als Gutachter eingesetzt worden; die Gutachtergremien seien in Westfalen-Lippe und Rheinland unterschiedlich zusammengesetzt. Die MDK hätten auch schon zugesagt, die Forderungen des Gesundheitsausschusses des Landtags künftig zu berücksichtigen. Aber man sollte nicht vergessen, daß die Organisation des MDK eigenständig sei. Zudem dürfe man nicht pauschalisieren, „denn viele Kräfte in den MDK haben wenige Monate hervorragende Arbeit geleistet“. Die Pflegeversicherung habe jedenfalls ihre Bewährungsprobe bestanden.

**Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) sah das anders: Schon früh habe es bei der mit hohen Erwartungen gestarteten Pflegeversicherung erste Enttäuschungen gegeben, eine davon sei sicher die Begutachtungspraxis der MDK. Viele hätten nicht verstanden, „daß sie nach Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung schlechter standen als zu Zeiten, da alles noch über das Bundessozialhilfegesetz geregelt wurde“. Die gravierenden Unterschiede bei den Beurteilungsergebnissen seien keine Anlaufschwierigkeiten, lägen auch nicht im Lande, sondern an den unpräzisen Begutachtungsrichtlinien auf Bundesebene, die, wie NRW schon gefordert habe, dringend zu überarbeiten seien. Auf Initiative des Lan-

des sei zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe von der Bundesregierung eingerichtet worden, die aber — das sei der Haken — trotz Aufforderung der Länder vom Bundesgesundheitsminister immer noch nicht einberufen worden sei. Das liege vielleicht daran, daß Minister Blüm zu einer Regelung ohne Beteiligung der Länder kommen wolle: „Ich halte diesen Alleingang für falsch und nicht hinnehmbar.“

**Rudolf Henke** (CDU) hielt der Koalition vor, sie habe die Chance vertan, zu einer Übereinstimmung zu kommen. Lieber verfare sie nach dem Motto „Alles Gute kommt aus Düsseldorf, alles Böse kommt aus Bonn“. Ein einheitliches Votum könne nur erfolgen, wenn über den Antrag, dem die CDU streckenweise durchaus zustimmen könne, nicht direkt abgestimmt, sondern wenn er in die Ausschußberatung überwiesen würde.

### Ausschuß erörtert

## Beschluß zum Umlageverfahren

*Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat am 15. Januar eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Auswirkungen des Beschlusses des OVG Münster vom 17.12.1996 auf die Zahlungen an die Fachseminare für Altenpflege“ durchgeführt.*

Die Ausbildungsvergütung für die Altenpflegeschülerinnen und -schüler an den Fachseminaren für Altenpflege wird nach § 7 Absatz 3 des Altenpflegegesetzes durch die Erhebung von Umlagen finanziert. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in seinem Beschluß vom 17. Dezember 1996 Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aufgabenübertragung für das Umlageverfahren an die Landschaftsverbände (LV) geäußert, die deshalb in einer Mitteilung an die Fachseminare die Weiterzahlung der Erstattungsbeträge für die Ausbildungsvergütungen in Frage gestellt hatten. So kam es bei den Altenpflegeschülerinnen und -schülern zu einer erheblichen Verunsicherung.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Dr. Axel Horstmann (SPD), erläuterte dem Ausschuß, daß derzeit rund 12 500 angehende Altenpfleger/innen in der Ausbildung seien. Etwa 40 Prozent besuchten im Rahmen einer Erstausbildung diese Fachseminare. Zur Finanzierung der an sie zu zahlenden Ausbildungsvergütungen würden jährlich rund 170 Millionen Mark benötigt. Die Landschaftsverbände hätten im Januar dieses Jahres die Weiterzahlung dieser Vergütungen zugesichert; die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege hätten erklärt, sich dafür einzusetzen, daß die ihnen angeschlossenen Einrichtungen und Dienste die Umlage weiterzahlten. Damit seien rund 80 Prozent des benötigten Umlageaufkommens zu decken. Es sei eine gesetzliche Klarstellung und Absicherung der Zuständigkeit der LV notwendig. Wegen der weiteren Bedenken des OVG sei ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben worden.

(Fortsetzung auf Seite 18)



Mit großem Interesse verfolgten die Diskussion über die Zukunft der Heilbäder auf der Tribüne des Landtags eine Vertreterin und Vertreter des nordrhein-westfälischen Kur- und Heilbäderverbands unter der Leitung des Kurdirektors von Horn-Bad Meinberg, Horst Paulussen (r.). Foto: Schälte.

# Europapolitiker befürchten Einbußen bei Fördermitteln für NRW

## Reform der EU-Regionalpolitik mitgestalten!

**Professor Dr. Horst Posdorf** (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Europapolitik, knüpfte an den Besuch des Europaausschusses in Brüssel im Januar 1996 und die Unterrichtung durch EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies an, wonach es keine genauen Vorstellungen über die Verteilung der Mittel aus drei EU-Fonds mit einem Volumen von 290 Milliarden Mark von 1994 bis 1999 und sechs Förderzielen gebe. Er fragte nach dem beabsichtigten Vorgehen der Landesregierung, um Fördermittel für wichtige NRW-Regionen zu konzentrieren, um Mißbrauch zu reduzieren, um Sparmaßnahmen aufzufangen. „Wer nicht handelt, der wird behandelt werden“, schloß er seinen Appell.

**Gabriele Sikora** (SPD) hielt den Antrag für „Eulen nach Athen tragen“. Die EU-Strukturfondsmittel für NRW seien verdoppelt worden, fast die Hälfte der Ziel-2-Förderung fließe nach NRW. Rund 20 000 Arbeitsplätze seien geschaffen oder gesichert worden. Seit 1989 seien mehr als 600 Vorhaben durch EU-Mittel unterstützt worden. Die Reform der EU-Strukturfonds nach 1999 sei in große Herausforderungen eingebettet, hinter denen ein weltweit beispielloser Zukunftsentwurf stehe. Die EU-Kommission wolle für Beschäftigung die Dynamik der Regionen anheben und auf gebietsbezogene Be-

*Der Landtag überwies den CDU-Antrag „NRW muß die Reform der europäischen Struktur- und Regionalpolitik aktiv mitgestalten“ (Drs. 12/1552) nach der Aussprache am 13. Dezember in die Ausschußberatung.*

schäftigungspakte verpflichten. Die Bayerische Staatsregierung wolle die Abkehr von Strukturfonds und zu einem Systemfinanzausgleich. Von den deutschen Zahlungen sollten die Strukturfördermittel abgezogen werden. Diesem Bemühen, der nationalen Regierung stärkeren Einfluß auf Strukturpolitik zu verschaffen, erteile NRW eine Absage.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) hielt die Fonds-Reform ebenfalls für wichtig, da es durch Währungsunion und Osterweiterung einen Umbruch in der EU geben werde. Bisher würden 50 Prozent der EU-Bevölkerung in die Fonds-Förderung einbezogen. Bayern wolle Beschränkung auf besonders bedürftige Gebiete. Dabei würde NRW völlig herausfallen und auf mehrere hundert Millionen Mark Arbeitsmarktförderung verzichten. Das sei keine Perspektive für das Ruhrgebiet. Interessanter sei der Weg, den Ländern die EU-Mittel zuzuweisen. Bei der Reform solle sich die EU von der umfangreichen gebietsbezogenen Programmwirtschaft verabschieden. Ziel 3 und Ziel 4 müßten fortgeführt werden. Für besonders benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt wie Haftentlassene und

Drogensüchtige müßten zusätzliche Angebote geschaffen werden.

**Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) machte auf die Agrarpolitik als weiteres wichtiges Thema aufmerksam und bemerkte bei der Bundesregierung Bewegung zur EU-Verantwortung für die Beschäftigung. Die Sozialcharta müsse im Vertragswerk verankert werden. Vordringlich sei auch, das Demokratiedefizit anzupacken und das Subsidiaritätsprinzip zu verstärken. Die Fonds würden nicht höher und anders verteilt werden. Durch die Regionalpolitik sei der Solidargedanke getragen worden. Die Verfahren sollten vereinfacht und die Förderung effizienter werden. NRW wolle den gesamten Bereich evaluiert haben. Die deutschen Länder müßten einheitlich auftreten.

**Werner Jostmeier** (CDU) stellte fest, der Streit um die Neuordnung spitze sich zu. Eine Konzentration auf 35 statt wie bisher 52 Prozent der EU-Regionen werde von Fachleuten befürwortet. Die westdeutschen Fördergebiete würden danach auf 15 statt bisher 22 Prozent zurückgenommen. NRW werde nicht mehr wie bisher gefördert. Die Landesregierung solle die Neuordnung konzeptionell begleiten.

**Gabriele Sikora** (SPD) sprach sich für Beibehaltung der Ziel-3- und Ziel-4-Programme sowie der Gemeinschaftsinitiative Rechar, Resider, Interreg und Urban aus.

**Ute Koczy** (GRÜNE) hielt die Beratung im Ausschuß für notwendig, um Positionen zu klären. Die bayerische Position lehnten die GRÜNEN ab. Die Strukturfonds müßten auf ökologische und soziale nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sein, Chancengleichheit erreichen und regionale Potentiale bei Überwindung nationaler Interessen mobilisieren. Der Beitrag der Kultur dürfe nicht übersehen werden. Die Gemeinschaftsinitiativen seien aus der Kritik an unflexiblen Fondspolitikern entstanden.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) bemängelte, die CDU-Fragen seien im luftleeren Raum gestellt, da das Land die Gestaltung Europas nicht bestimme, und stellte die Frage, wann die Osterweiterung stattfinden werde und wie, ob sofort unter Einbeziehung des Agrarmarkts und Polens. Ferner müsse bekannt sein, was der Bundesfinanzminister mit dem deutschen EU-Beitrag zu machen gedenke. Ob der deutsche Beitrag nicht überhöht sei, müsse gefragt werden. Wenn NRW aus der Förderung herausfalle, müsse der Bund die Gemeinschaftsaufgabe erhöhen. Strukturhilfe allein aus Landesmitteln gehe zu Lasten des Länderfinanzausgleichs. Bisher habe das EU-Fonds-System nicht schlecht funktioniert. Mehr Finanzautonomie für Länder und Regionen könne ein Weg sein. NRW sei kein Bittsteller, sondern an den Zahlungen beteiligt.



Um die bisher nach NRW fließenden Mittel aus Brüsseler Töpfen sorgt sich der Ausschuß für Europapolitik angesichts der EU-Erweiterung, v.l. Ausschußvorsitzender Professor Dr. Horst Posdorf (CDU), SPD-Sprecherin Gabriele Sikora, Alexandra Landsberg (GRÜNE), Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD).

Fotos: Schälte

## Petitionsausschuß half: Witwenrente trotz Scheidung

*Ein Petent hat sich im Namen seiner Mutter hilfesuchend an den Petitionsausschuß gewandt, damit in der Rentenangelegenheit seiner Mutter eine Entscheidung getroffen wird, die sowohl rechtlich als auch menschlich gerecht ist.*

Die Mutter hatte nach dem Tod ihres Ehemannes eine Witwenrente bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz (LVA) beantragt. Diesem Antrag konnte nicht entsprochen werden, da die Ehe bereits im Jahr 1942 rechtskräftig geschieden worden

war. Die Zahlung einer „Geschiedenenrente“ hat die LVA ebenfalls abgelehnt, da es an einer Unterhaltszahlung mangelte. In seiner Eingabe stellte der Petent das Ehe- und Familienleben seiner Eltern eindrucksvoll dar. So betrachteten sich seine Eltern nie als Geschiedene, sondern von 1942 bis 1948 durch Krieg und Kriegsgefangenschaft als zeitlich getrennt lebend. Sie bauten sich zweimal 1948 sowie 1953 (nach der Flucht aus der ehemaligen DDR) eine neue Existenz auf, bekamen Kinder und feierten ihren silbernen, goldenen und 1993 sogar ihren diamantenen Hochzeitstag. Bei einer anlässlich der Petition eingeleiteten Überprüfung hat die LVA letztendlich anerkannt, daß die Mutter des Petenten von ihrem Ehemann bis zu seinem Tod Unterhalt bekommen hat. Die Hinterbliebenenrente ist daraufhin rückwirkend zum 1. April 1995 bewilligt worden.

## CDU-Antrag zum Ausländerrecht stieß auf Ablehnung

Die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag hatten im Sommer des vergangenen Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ausländerrechts vorgelegt. Der Bundestag verabschiedete die Novelle und leitete sie an den Bundesrat weiter. Die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag forderte in ihrem Antrag (Drs. 12/1580), NRW solle diesen Bonner Gesetzentwurf unterstützen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die CDU abgelehnt.

**Oliver Wittke** (CDU) erklärte, die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stehe im Mittelpunkt der Ausländerpolitik der CDU. Konflikte aus anderen Ländern dürften jedoch nicht auf deutschem Boden ausgetragen werden: Wer schweren Landfriedensbruch begehe, müsse zwingend ausgewiesen werden, und wer zu Freiheitsstrafen von mehr als drei Jahren verurteilt würde, müsse Deutschland ebenfalls verlassen. Diese kleine Gruppe von Ausländerinnen und Ausländern müsse konsequent abgeschoben werden. Dies sei im Interesse des Rechtsstaates und im Interesse der vielen rechtstreuen Ausländerinnen und Ausländer.

**Frank Baranowski** (SPD) wies darauf hin, daß der Gesetzentwurf der Bonner Koalitionsfraktionen vom Innenausschuß des Bundesrates einstimmig an den Vermittlungsausschuß überwiesen worden sei. Der Gesetzentwurf bedeute eher Verschärfung als Verbesserung und sei im aufenthaltsrechtlichen Teil „absolut unzureichend“ und im strafrechtlichen Teil unangemessen und unverhältnismäßig. Auch die neue Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Europäischen Menschenrechtskonvention fände keinen Niederschlag in diesem Entwurf.



Der nordrhein-westfälische Teil der bundesweiten Sternfahrt der Europäischen Kommission hat im Landtag stattgefunden. Im Rahmen des Informationsprogramms „Bürger Europas“ haben zwei europäische „Kuriere“ (l.) dem Land Nordrhein-Westfalen offiziell Informationen zum Thema „Arbeiten, Leben und Studieren in der Europäischen Union“ übergeben. Die Initiative war in Berlin gestartet worden. Das Bild zeigt neben Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) rechts vorne den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), dahinter Abgeordnete.

Foto: Schälte

**Jamal Karsli** (GRÜNE) warf der CDU vor, statt Integration Assimilation zu wollen. In dem neuen Gesetzentwurf stünden wenigen halbherzigen Verbesserungen gravierende Verschärfungen für die Betroffenen gegenüber. Man brauche kein Sonderstrafrecht für Migrantinnen und Migranten, sondern eine erleichterte Einbürgerung, die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft, eine humanitäre Asylpolitik sowie verbesserte Möglichkeiten zur Resozialisierung straffällig gewor-

dener Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) sprach sich gegen eine Unterstützung des vorliegenden Gesetzentwurfes aus. Nordrhein-Westfalen würde gemeinsam mit allen anderen Ländern, auch den unionsregierten, den Vermittlungsausschuß anrufen. Der Gesetzentwurf enthielte zwar vernünftige Teile, aber es überwiege die Kritik. Kniola widersprach der Behauptung, das gesetzliche Instrumentarium würde von den Ländern nicht voll genutzt. Die Ausländerbehörden hätten Mittel an der Hand und würden sie auch nutzen. Viele Probleme, deren gesetzliche Lösung von den Ausländerbehörden seit langem angemahnt würde, seien nicht in den Entwurf aufgenommen worden.

**Heinz Paus** (CDU) erklärte, es gebe seitens der unionsgeführten Länder eine grundsätzliche Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. Bedenken und Anmerkungen in dieser Hinsicht seien rein technischer Natur. Paus betonte noch einmal, daß wer sich schwerwiegender Straftaten schuldig gemacht habe, sein Gastrecht verwerke. Der Entwurf stelle einen ausgewogenen Ausgleich zur weiteren Entwicklung des Ausländerrechts dar, dem Prinzip der ausländerrechtlichen Absicherung der Integration und der Begrenzung des Zuzugs.

**Dr. Hisham Hammad** (GRÜNE) sprach sich für eine Steigerung der Förderung der Integration und die Förderung der Integrationsakzeptanz in der Bevölkerung aus. Dieser sei allerdings kein Gefallen getan, wenn der Bundesinnenminister pauschal von Ausländern als ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik spreche. Es sei richtig, daß Kriminalität – egal woher sie komme – bekämpft werden müsse, aber auch der Rassismus müsse bekämpft werden.



Das Institut für Umwelt- und Zukunftsforschung/Sternwarte Bochum hat noch im Dezember 1996 im Landtag das Projekt „Mobile Weiterbildung“ präsentiert. Mittels einer Parabol-Antenne wurden aktuelle Meßdaten, die vom Satelliten Meteorsat ausgesandt wurden, empfangen. Diese Klima- und Umweltdaten wurden dann mit Hilfe einer nachgeschalteten Datenverarbeitungsanlage auf einem Großbildschirm dargestellt. Das Bild zeigt Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2.v.l.) mit Professor Heinz Kaminiski, Leiter des Bochumer Institutes (2.v.r.). Bei der Präsentation mit dabei: Landtagsabgeordneter Adolf G. Retz (SPD, l.) und der stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins des Institutes, Heinrich Klosterkamp (r.).

Foto: Schälte

## CDU: Bei Drogenprävention vernetzen und nicht nach neuen Konzepten suchen

### Vorbeugung: Rolle der Familie stärken und nicht an irgendein Amt abgeben

*Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (AGS) hat Ende vergangenen Jahres unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) eine Expertenrunde zum Thema „Die Drogenprävention in NRW verbessern – Präventions-Vereinbarung erarbeiten“ (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 12/1233) durchgeführt.*

„Genausowenig, wie man sagen könne, alle Jugendlichen seien ausländerfeindlich oder hätten kein Interesse an Politik, könne man sagen, alle Jugendlichen hätten Suchtprobleme.“ Diese Worte legte Gabriel Siller (Deutsche Hauptstelle gegen Suchtgefahren – DHS) an den Anfang seines ergänzenden Statements. Eine Tendenz sei wohl hin zu aufputschenden Mitteln zu beobachten. Nicht übersehen dürfe man auch, daß die Zahl der Personen mit schädlichem Gebrauch legaler Drogen weit größer sei als die von Nutzern illegaler Drogen. Prävention des schädlichen Gebrauchs bedeute immer eine möglichst frühe Prävention mit Blick auf alle psychoaktiven Substanzen. Die Familie als früher Interventionsort gegen eine Suchtgefährdung werde immer noch vernachlässigt. Ziel sollte eine Verbesserung des Erziehungsverhaltens sein, denn Untersuchungen belegten mittlerweile, daß Kinder mit späterem Drogenkonsum im Alter von sieben bis zehn Jahren eher selbstunsicher gewesen seien. Suchtprävention sei eine Aufgabe aller Mitglieder des Gemeinwesens, somit nicht an ein Amt oder eine Beratungsstelle delegierbar; eine ausreichende Zahl von Koordinations- und Fachstellen müsse aber vorgehalten werden.

Dr. Wolfgang Schneider (INDRO e.V.) legte den Schwerpunkt seines Vortrages mit Blick auf die weiteren Redner auf die sogenannte

„Sekundärprävention“. Dabei gehe es um das Vermeiden von Stabilisierungseffekten und eines Suchtverhaltens im eigentlichen Sinne. Eine sachgerechte Substanzaufklärung sei notwendig, um Schadensbegrenzung zu betreiben, einen risikominimierten Gebrauch und damit ein Überleben der Konsumenten zu sichern. Er verstehe unter dieser Aufklärung keine neue Form der reinen „Drogenkunde“. Man solle den Kontakt zur „Ecstasy-Szene“ mit den noch bestehenden Chancen für sekundärpräventive Ansätze nicht dadurch verspielen, daß man diese Konsumenten „in eine Ecke dränge“. Hier seien viele Trittbrettfahrer, die sehr willkürlich konsumierten. Eine absolute Drogenfreiheit anzunehmen, sei in dieser Szene unrealistisch.

Dr. Hans-Jürgen Hallmann (GINKO – Koordinationsstelle der Suchtprophylaxe NRW) formulierte vier Thesen für eine Weiterentwicklung der Suchtprävention. Die Suchtvorbeugung müsse gesetzlich verankert werden, um etwa zu verhindern, daß bei der Prävention an erster Stelle gekürzt werde. Zum anderen müsse eine zielgruppenorientierte Prävention (zum Beispiel im Mädchenspezifischen Bereich) verstärkt, Risikogruppen müßten erkannt werden. Ferner sei eine stärkere Einbeziehung gleichaltriger Mediatoren im Schul- und Jugendbereich wirksam. Zum vierten sollten primärpräventive Maßnahmen stoffunspezifisch gestaltet werden. Die Droge solle nicht in den Mittelpunkt gerückt werden; „Sucht hat viele Ursachen, Sucht hat eine Geschichte“.

Volker Brüggennjürgen (Arbeitskreis der Prophylaxefachkräfte NRW) konstatierte, daß eine Erhöhung der Konfliktfähigkeit, der Kommunikationsfähigkeit und eine Er-

höhung des Selbstwertgefühls langfristig erfolgversprechend seien. Es gehe um suchtmittelunabhängige Verhaltensweisen. Die Institutionen und Kooperationspartner legten ihr Augenmerk eher auf legale als auf illegale Drogen. Suchtprophylaxe bewege sich im Spannungsfeld zwischen millionenschweren Kampagnen der Tabak- und Alkoholindustrie und den staatlichen Mitteln, die für eine Suchtprävention zur Verfügung stünden.

Der GRÜNE-Abgeordnete Daniel Kreutz bemerkte, es sei nach seiner persönlichen Wahrnehmung unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr schwierig, in einen beidseitig akzeptierten Beratungskontakt zu Menschen zu kommen, weil durch den strafrechtlichen Aspekt eine gegenseitige Vertrauensbildung erschwert werde. Für den Bereich der Sekundärprävention stelle sich die Frage, ob das derzeitige Betäubungsmittelrecht eher präventionsfeindlich sei. Eine lebensbegleitende Prävention sei wünschenswert, bezogen auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in einer Suchtgesellschaft arg „kontrafaktisch“. Ergänzend wies Dr. Hallmann darauf hin, daß die strafrechtliche Seite die meisten Jugendlichen in der Szene nicht interessiere, wesentlich schlimmer sei, daß konsumbegleitende Arbeit „polizeilich bedroht“ sei – wer mit Konsumenten in einer gewissen akzeptierenden Form arbeite, laufe stets Gefahr, eine Anzeige zu bekommen.

Für die CDU dankte Hermann-Josef Arentz für alle Stellungnahmen, da sie deutlich gemacht hätten, daß vorhandene Konzepte verstärkt, vernetzt und koordiniert umgesetzt werden müßten. Es sei nicht entscheidend, nach neuen Konzepten zu suchen. Seine Fraktion sei daher mit dem gestellten Antrag „auf der richtigen Fährte“. Aus seiner Sicht könne die Gesellschaft nicht darauf verzichten, Normen zu setzen, nach denen Drogen den Status der Illegalität hätten. Er halte nichts davon, dies zu verwischen oder aufzuheben. Er halte es für eine Gratwanderung, sich im Spannungsfeld zwischen Schadensverringerung und der Gefahr, Nichtkonsumenten zu Konsumenten zu machen, zu bewegen. Die Gefährlichkeit von Drogen müsse für Nichtkonsumenten erkennbar sein. Rudolf Henke (CDU) griff unter anderem die Gefährdung durch legale Suchtstoffe auf, die nach den Darstellungen der Experten höher sei als die Gefährdung durch illegale Suchtstoffe. Alkohol und Nikotin erzeugten durch ubiquitäre Zugänglichkeit den höchsten Grad an Konsum. Vor diesem Hintergrund frage er danach, ob man nach Expertenmeinung richtig handle, wenn man die Zugänglichkeit von Suchtstoffen erleichtere.

Der SPD-Abgeordnete Wolfram Kuschke stellte fest, man erachte Prävention als einen wichtigen Aspekt der Drogenpolitik und sei stets zurückhaltend, was eine direkte Koppelung mit Verbots- und strafrechtlicher Verfolgung anbelange. Präventionsarbeit einer Freiraum einzuräumen bedeute nicht, daß gegen Recht und Gesetz verstoßen werden dürfe. Ein Freiraum sei aber notwendig, um experimentieren zu können. Im Zusammenhang mit einer landesweiten Präventionsvereinbarung habe er „das Gespenst einer nebulösen Präambel“ vor Augen.

### Umlageverfahren...

(Fortsetzung von Seite 15)

Alle Fraktionen zeigten sich überrascht über dieser Entwicklung in der Rechtsprechung. Auch wenn der OVG-Beschluß nur eine Entscheidung im vorläufigen Rechtsschutzverfahren sei, so Hermann-Josef Arentz (CDU), müsse die Landesregierung diese Hinweise sehr ernst nehmen. Dies gelte auch für die Fragen der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Umlageverfahrens. Wolfram Kuschke (SPD) und Marianne Hürten (GRÜNE) sprachen sich für die Beibehaltung dieses Finanzierungssystems aus und hielten klarstellende gesetzliche Regelungen für nötig, um das mögliche Prozeßrisiko zu mindern. Willi Zylajew (CDU) konstatierte aus einer – aus seiner Sicht – „handwerklich schlechten“ Leistung bei der momentanen Regelung die Verpflichtung des Landes, nun schnell zu handeln. Der Minister betonte, es müsse alles getan werden, um das in Ermangelung einer bundesrechtlichen Regelung geschaffene Finanzierungssystem der Altenpflegeausbildung mit seiner besonderen Bedeutung auch für den Ausbildungsmarkt in NRW zu erhalten.

Frank Schlichting

### Europa-Ausschüsse

Die Vorsitzenden der mit Europaangelegenheiten befaßten Ausschüsse der Landtage sind zu einem Meinungsaustausch in der Bonner Vertretung des Landes NRW zusammengetroffen. Zum Vorsitzenden dieser Konferenz wurde der Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik des NRW-Landtags, Professor Dr. Horst Posdorf (CDU), zu seinem Stellvertreter der Vorsitzende des Europaausschusses im Saarländischen Landtag Jo Leinen (GRÜNE) gewählt.

### Gegen Rassismus

Die Landesregierung sei grundsätzlich daran interessiert, sich im Rahmen bestehender Förderprogramme mit der Unterstützung öffentlichkeitswirksamer Aktionen am „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ zu beteiligen. Das erklärt Arbeits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Ilka Keller (Drs. 12/1363).

Frank Schlichting

Bei der Angliederung Lippes wurde jede erdenkliche Rücksicht genommen

## 16 Punktationen bildeten Grundlage für Vereinigung

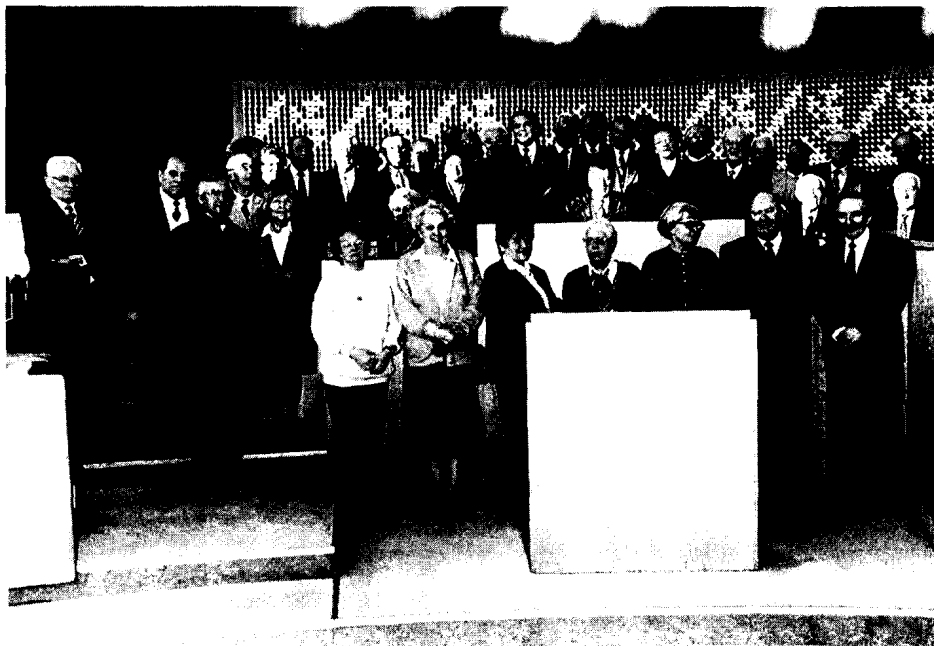
*Vor 50 Jahren, am 21. Januar 1947, gliederte sich das Land Lippe an das junge Nordrhein-Westfalen an. An jenem Tag fand die letzte Sitzung des lippischen Landtages statt. Zwei Tage später teilte der damalige Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen bei der 4. Vollsitzung des neuen Landtages Nordrhein-Westfalen die Eingliederung Lippes mit.*

Er sagte, es habe schon seit längerer Zeit eine verwaltungsmäßige Anlehnung hinsichtlich der Ernährung, der Wirtschaft und des Verkehrs bestanden, die von bestem Erfolg gewesen sei. Diese Anlehnung solle nun erweitert und konsolidiert und das Gebiet des Landes Lippe verwaltungsmäßig mit Nordrhein-Westfalen verschmolzen werden.

Lippe jedoch war nicht mit fliegenden Fahnen übergegangen. Landespräsident Heinrich Drake hatte auch mit Niedersachsen verhandelt. Er versuchte, bei Verhandlungen mit beiden Ländern die günstigsten Bedingungen für Lippe herauszuschlagen. Den Ausschlag für seine Entscheidung, Nordrhein-Westfalen beizutreten, gab schließlich, daß Düsseldorf sehr viel mehr bieten konnte als Hannover. Amelunxen versprach nämlich die Nutzung des früheren Fürstenvermögens an Domänen und Bädern durch Lippe selbst und die Verlegung der Bezirksregierung aus dem preußischen Verwaltungssitz Minden nach Detmold.

Das Verhandlungsergebnis mit Amelunxen faßte Drake in 16 Punktationen zusammen, welche am 4. Dezember 1946 vom Lippischen Landtag und einen Tag später durch das nordrhein-westfälische Landeskabinett gebilligt wurden und am 17. Januar 1947 in Kraft traten. Diese Punktationen enthielten folgendes: bei der Übernahme des Landes Lippe wird in jeder Hinsicht großzügig und entgegenkommend verfahren, auch wird auf die 800jährige Geschichte Lippes im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Rücksicht genommen. Lippe soll Teil des Regierungsbezirks Ostwestfalen werden.

Außerdem erhält Lippe zur Durchführung der verbleibenden Aufgaben der Selbstverwaltung sowie zur Erhaltung von Landes-einrichtungen das Recht zur Bildung eines Zweckverbandes. Die kulturellen und sozialen Einrichtungen wie das Landestheater, die Musikakademie, die Landesbibliothek, das Landesmuseum und das Archiv bleiben erhalten und werden gefördert. Das Landesvermögen verbleibt im wesentlichen dem lippischen Gebiet. Auch die lippische Gemeinschaftsschule bleibt im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen erhalten. Bei der Übernahme der Landesbeamten wird entgegenkommend verfahren, ebenso wird für die Übernahme der Stromversorgung Hilfe in Aussicht gestellt. Das gleiche gilt auch für die Förderung der lippischen Staatsbäder Salzuflen und Meinberg. Die britische Militärregierung erließ am 21. Januar 1947 die Verordnung Nr. 77, die bestimmte, daß das Land Lippe seine Selbständigkeit verliert und zum Teil des Landes Nordrhein-Westfalen wird. Diese Verordnung enthielt keine Bezugnahme auf die Punktationen, jedoch behielt sich die Militärregierung vor, innerhalb von fünf Jahren



*In Fortsetzung einer guten Tradition will Landtagspräsident Ulrich Schmidt Mitte hinten) auch während seiner Präsidentschaft den Kontakt zu den ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung aufrecht erhalten. Er hat deshalb rund 40 „Ehemalige“ am vergangenen Dienstag im Landtag begrüßt und mit ihnen einen geselligen Nachmittag verbracht. Dabei wurde auch der Dokumentarfilm „50 Jahre Landtag NRW“ gezeigt.*

Foto: Schälte



*Nach traditionellem Brauch haben Sternsinger der Düsseldorfer Pfarrgemeinde St. Martin am 6. Januar, dem Tag der Heiligen Drei Könige, im Foyer des Landtags ihr Anliegen vorgetragen und unter dem Motto „Pascasa – offene Türen, damit Kinder heute leben können“ Spenden für Kinder in Not auf den Philippinen sowie in Kenia gesammelt. Die acht bis fünfzehn Jahre alten Kinder, die von Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender (stehend halbrechts) empfangen wurden, sangen „Seht unseren Stern dort stehen“. 7 000 Mark hatten sie seit Neujahr an Haus- und Geschäftstüren gesammelt.*

Foto: Alsleben

eine Volksabstimmung durchzuführen und danach erneut endgültig über das Schicksal Lippes zu entscheiden. Später aber wurde der Termin der Volksabstimmung von der Landesregierung an das Ende der Fünfjahresfrist verlegt und ihr Ergebnis für rein informativ erklärt. Schließlich wurde die Abstimmung ganz fallengelassen. Statt dessen gab die Landesregierung nach Ablauf der

Fünfjahresfrist eine Erklärung über die Verwaltung des lippischen Landesteils ab, die fast alle Wünsche befriedigte.

Die vier Abgeordneten aus Lippe verblieben im Landtag. Heute sind es weit mehr Volksvertreter, die auch angesichts der großen Traditionen des kleinsten Landesteils im „Namen der Rose“ im Landesparlament politisch tätig sind.

Carolyn Selter

## Literatur

# Archive bewältigen Pflichtaufgabe mit Zuneigung

Publikation dokumentiert „Nordrhein-Westfalen – ein Land in seiner Geschichte“

Das Land 1996 war Jubiläumsjahr. Ein noch junges Land bestand immerhin schon 50 Jahre, ein halbes Jahrhundert also. Viel ist dazu geschrieben worden. Doch seit dem Vorjahr liegt gleichsam als Generalpublikation einer im Interesse der Bürger- und der Wissenschaft berechtigten und notwendigen Informationskampagne auch ein voluminöses Werk vor, das alles zusammenzufassen scheint, was an junger und jüngster Historie aufzuarbeiten war. Der Band, Pfunde schwer und über 600 Seiten stark, gibt Auskunft über alle „Aspekte und Konturen“, so der Untertitel, die sich im Zusammenhang mit dem früher so genannten und heute so gut wie nicht mehr so empfundenen Bindestrichland Nordrhein-Westfalen ergeben. Wer Auskunft über derart konträre Themen wie die Wewelsburg bei Paderborn, in der einst die SS ihren Ordensmythos aufblies, oder die höchst zivile Gesamtschule an Rhein und Ruhr erhalten will, dem sei zu diesem Quellenwerk geraten.

Die Publikation, die zum 50jährigen Bestehen des Landes vorgelegt wurde, ist eine gemeinschaftliche Arbeit der staatlichen Archive. Ihnen ist in Nordrhein-Westfalen

die Erforschung und Veröffentlichung von Archivgut als Pflichtaufgabe auferlegt. Indessen hat das Wort Pflichtaufgabe bei dieser mit persönlicher Akribie und wissenschaftlicher Gründlichkeit erstellten Publikation keinen negativen Touch. Eher wird beim Lesen deutlich, daß Herausgeber und Autoren an ein spezifisch archivistisches Anliegen mit großer Zuneigung herangegangen sind. Dabei entstand kein strohtrockener Dokumentarband. Eine große Zahl von Autoren garantiert sehr unterschiedliche Sichtweisen. Dazu sei angemerkt, daß dokumentarische Texte der wiedergegebenen Art auch in ihrer Nüchternheit durchaus fesseln können. Es sind die geschichtlichen Tatsachen, die erklären, warum wir heute in diesem Land so leben und nicht anders. Nur formal wurden die Texte aus redaktionellen Gründen angeglichen. Sie enthalten zeittypische Aussagen. Alle wurden dahingehend geprüft, ob Vertraulichkeit einzuhalten war. Das galt besonders für Papiere, die nach dem NRW-Archivgesetz noch unter Sperrfrist fallen. In Einzelfällen mußten Dokumente deshalb noch verschlossen bleiben. Von diesen Minimalitäten einmal abgesehen, hat sich ein brei-

ter dokumentarischer Niederschlag ergeben. Er beginnt bei dem Aufbruch aus Ruinen 1946, zieht sich über die 50er Jahre mit ihrem ganz eigenen geistigen Klima, über Krisenerscheinungen und Wandel in den 60ern, Reformbestrebungen bis in die 80er Jahre sowie neue Herausforderungen in der jüngsten Zeit hin. Dabei spannt sich der Dokumentationsbogen stets über alle Bereiche politischen und öffentlichen Lebens: Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Bildung, Kunst und Kultur.

Das Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf weist am Anfang des Buches darauf hin, daß die Geschichte des Landes noch zu schreiben sei. Es ist sicher nicht vermessen zu behaupten, daß sie mit diesem Konvolut aus Quellen, Dokumenten und textlichen Analysen eigentlich schon vorliegt.

Eckhard Hohlwein

*(Nordrhein-Westfalen – Ein Land in seiner Geschichte – Aspekte und Konturen 1946 – 1996, Veröffentlichung der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Band 36, Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung Münster, €23 Seiten, 56 Mark)*

## Wolfram Dorn: Ein Schriftsteller in der Politik

Die Buchreihe „Abgeordnete des Deutschen Bundestages – Aufzeichnungen und Erinnerungen“ geht auf einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Carlo Schmid, Thomas Dehler und Hans Dichgans aus dem Jahre 1966 zurück. Sie schlugen damals vor, ein Archiv „Erinnerungen von Abgeordneten“ anzulegen und Auszüge aus diesen autobiographischen Schriften zu veröffentlichen. Der 15. Band dieser Reihe ist nun dem FDP-Politiker Wolfram Dorn sowie seinem ehemaligen CDU-Kollegen Willi Weiskirch gewidmet. Dorns politischem Lebensweg gebührt dabei aus nordrhein-westfälischer Sicht besondere Aufmerksamkeit, weil er ihn viele Jahre hindurch in den Landtag am Rhein führte. Dessen Lebensweg zu verfolgen, lohnt sich auch, weil er so farbig ist. Wolfram Dorn stammt aus Altena in Westfalen, wo er 1924 als Sohn eines Bankdirektors geboren wurde. Die erste von vielen Zeitungsmeldungen über ihn erschien 1935, als er als Pimpf im Jungvolk in der Essener Gruga mit dem Luftgewehr 33 Ringe schoß und Jungschützenkönig wurde.

Das jugendliche Schützenfest war wie ein Omen, denn 1942 wurde Dorn Soldat. Die Waffen-SS zog ihn ein. Wenn man seine Aufzeichnungen deutet, so war er überzeugt dabei, so überzeugt, wie er schon in der Hitlerjugend Fähnlein angeführt hatte. Dorn macht kein Hehl daraus. Denn die Läuterung kam, nachdem die Schlachten, an denen er in Rußland und Frankreich beteiligt war, mit Verwundungen geschlagen und verloren waren und das politische Erwachen in englischen Gefangenenlagern erfolgte. Ein Film über die Greueln in den KZs, den englische Offiziere den deutschen Gefangenen vorführten,

öffnete ihm spätestens die Augen. Als PoW, Prisoner of War, kam Dorn erstmals mit politischen Gruppierungen in Kontakt: KPD, SPD und Gewerkschaften, die sich bereits im Lager formierten, aber er stieß auch auf die Literatur, die seine zweite Lebensbestimmung werden sollte. Wolfgang Borchert, der Dichter der verlorenen Kriegsgeneration, der geschrieben hatte: „Wir sind eine Generation ohne Bindung und ohne Tiefe“ gab das Lebensgefühl der Heimkehrer wieder. Aber Dorn, obwohl bei einer Größe von 1,82 Metern nur noch 48 Kilo schwer und noch von den Engländern krank geschrieben, gab nicht auf, biß sich durch, suchte nach einem anderen Deutschland und suchte damit nach seiner eigenen politischen Identität. Er erlebte den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, den CDU-Vormann Karl Arnold und auch den KPD-Oberbürgermeister von Essen, Renner. Zum Schlüsselerlebnis aber wurde ihm eine Begegnung mit Theodor Heuß. Nach einer Zusammenkunft mit dem damaligen Vorsitzenden der Jungdemokraten, Willi Weyer, dem späteren NRW-Innenminister, trat Wolfram Dorn 1948 der FDP bei.

Aber Dorn war außer Politiker auch immer Schriftsteller, Lyriker. Eine Vielzahl von poetischen Veröffentlichungen legt davon Zeugnis ab. Deshalb hält er in seiner Biographie fest, was ihn bewegt hat bei seinen Kontakten mit deutschen Dichtern. Außergewöhnlich muß ihm bei einem Besuch in der Villa Massimo die Begegnung mit Peter Huchel nahegegangen sein. Er verfaßte ein Gedicht auf den Mann, in dessen Verse die Natur in realistischen Bildern eingegangen war. Aber Dorn mußte auch Tiefschläge hinnehmen. Das Magazin seines Parteifreundes Augstein brachte

in verbal in die Nähe des Delikts der Steuerverkürzung, verlor indessen ein Verfahren, doch Dorn hatte sich gezwungen gesehen, von seinem Amt als Staatssekretär im Bonner Innenministerium zurückzutreten. Nach seiner Rehabilitierung entschied er sich für die Rückkehr in den Düsseldorfer Landtag. Ab 1985 vertrat er seine Fraktion im Haushalts- und im Kulturausschuß des Landessparlaments. Er beendete seine politische Arbeit im Mai 1995. Vierzehn Jahre war Wolfram Dorn Mitglied im Stadtparlament Werdohl, sechzehn Jahre gehörte er dem Kreistag des Landkreises Altena an. 22 Jahre war er Landtagsabgeordneter und elf Jahre Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Wer die Biographie, die wegen ihrer Herausgeberschaft verständlicherweise im politisch berichtenden Teil vornehmlich auf die Bonner Jahre abhebt, aufmerksam liest, wird viel über deutsche Befindlichkeiten in den 60er und 70er Jahren erfahren. Die Ära Adenauer endete, die Regierung Erhard ebenfalls. Notstandsgesetze standen an. Die Große Koalition kam und die Regierung Brandt. Die Diskussion mit der DDR wurde aufgenommen. Darüber ist in dem Band viel zu erfahren, bei aller Nüchternheit der Wiedergabe doch aus persönlicher Beobachtung. Insofern spiegelt Wolfram Dorns Sicht der politischen und auch der literarischen Dinge ein Stück jüngster Zeitgeschichte.

e. h.

*(Abgeordnete des Deutschen Bundestages – Aufzeichnungen und Erinnerungen, Wolfram Dorn – Willi Weiskirch, Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Band 15, Boldt-Verlag 1996, 400 Seiten, 48 Mark)*

## Neonazis aktiv und neuartige Entwicklung beim Linksextremismus

*Die Neonazi-Szene ist weiter aktiv. Vor dem Hauptausschuß unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) machte der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Dr. Fritz-Achim Baumann, darauf aufmerksam, daß die Neonazi-Szene 1997 alles daran setzen werde, um zum zehnten Todestag von Rudolf Heß eine spektakuläre Aktion durchzuführen.*

Bei seiner Erläuterung des Zwischenberichtes 1996 des Verfassungsschutzes berichtete Baumann, daß sich die Jungen Nationaldemokraten (JN), die zur Zeit mit 190 Mitgliedern die größte Gruppierung der Neonazi-Szene darstellten, zu einer neonazistischen Organisation entwickelt hätten. Die Neonazi-Szene habe 1996 bundesweit ein Zeitungsprojekt initiiert, in dem sie überwiegend die soziale Benachteiligung als Aufhänger für ihre Propaganda nutze. Diese Zeitung verfüge über wenigstens fünf Regionalausgaben, darunter die „Westdeutsche Volkszeitung“ in NRW. Der Chef des Verfassungsschutzes berichtete weiter, die Zusammenarbeit zwischen niederländi-

schen und deutschen Neonazis werde fortgesetzt. Bemühungen um die Erstellung eines neuen „Einblick“ mit Adressen von mißliebigen Politikern, Journalisten und Verfassungsschützern würden mit größter Vorsicht betrieben. Seit Anfang 1996 setzten JN und Neonazis zunehmend auf die Nutzung des Internet zur Propaganda-Verbreitung. Zum Linksextremismus führte Baumann aus, es habe eine neuartige Entwicklung gegeben. Der „Antimperialistische Widerstand“ versuche, das terroristische Erbe der früheren RAF für sich aufzuarbeiten. Es gebe bundesweit mehrere kleine Gruppen sowie Verbindungen zur PKK. Die Grenze zum Terrorismus sei noch nicht überschritten. Der Sprecher räumte ein, daß bei der kurdischen Arbeiterpartei PKK nach den gewaltsamen Demonstrationen im Februar/März 1996 in den letzten Monaten eher Zurückhaltung zu beobachten sei. Der oberste Verfassungsschützer des Landes teilte mit, seit kurzem sei der NRW-Verfassungsschutz mit einem umfangreichen Programm im Internet vertreten. Man wolle mit diesem Informationsangebot dazu beitragen, ein Gegengewicht zu extremistischen Inhalten im Internet zu schaffen.

## Aktivitäten des Landtags 1996

Der Landtag hat im vergangenen Jahr 29 Plenarsitzungen durchgeführt. Dabei ergingen 60 Mündliche Anfragen. 15 Gesetzentwürfe wurden behandelt und ebenso viele Gesetze beschlossen, unter anderem das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder, der Zweite Rundfunkstaatsvertrag, die Haushalts- und Gemeindefinanzierungsgesetze 1996 und 1997, das Baukammergesetz sowie das Regionalisierungsgesetz. 111 Anträge wurden parlamentarisch beraten. Es ergingen 35 Entschließungsanträge und 25 Änderungsanträge. 25 Aktuelle Stunden wurden durchgeführt, unter anderem über die Rückführung von Flüchtlingen aus Bosnien, Bündnis für Arbeit, Sparbeschlüsse der Bundesregierung, BSE, Dioxin in NRW, Kürzung der Lohnfortzahlung, Veränderungen im Gesundheitswesen sowie Wirtschafts- und Steuerpolitik des Bundes. Insgesamt ergingen 358 Kleine Anfragen sowie drei Große Anfragen. Die Zahl der Ausschusssitzungen belief sich auf 286. Daß viele Bürger in ihrer Not Hilfe beim Landtag suchen, bewies die Zahl der Petitionen. 4.400 gingen ein.

## Primat der Politik beim Tischtennis

*Es war wieder ein glänzendes Tischtennis-Weihnachtsturnier im Landtag Nordrhein-Westfalen. Von Jahr zu Jahr ist seine Zugkraft gestiegen.*

Einundzwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die bisher höchste Zahl, kämpften diesmal in dem wiederum hervorragend organisierten Turnier um Punkte. Und manch einer wurde auf spektakuläre Weise erzielt. Das Bällchen wurde gestreichelt, geschnitten, gezwirbelt, mit brutaler Aggressivität auf die Platte geschmettert, sanft übers Netz bugsiert, geschickt bis tückisch auf die Kanten gesetzt. Es wurde gefightet und geschwitzt, technische Raffinesse demonstriert, zur Attacke geblasen und cool gekontert. Angriffsmatadore und Defensivkünstler sorgten gleichermaßen für effektvolle Partien. Die später noch folgenden

Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer lesen sich wie ein Who is who des Tischtennisports. Das Niveau war dementsprechend hoch. Die zahlreich anwesenden Experten unter dem begeisterten Publikum kamen aus dem Zungenschnalzen nicht mehr heraus. Die erste Runde überstanden 12 Tischtennis-Cracks. Die übrigen 50 Prozent fielen um so hemmungsloser über die großzügig von der Turnierleitung besorgten Nahrungsbestände her. In vier Gruppen zu jeweils drei ging's weiter. Die vier Gruppenersten blieben übrig. Es waren, unter Spannungsaspekten eventuell ein kleines Manko, die vier, die auch vorher schon als Favoriten gehandelt worden waren: Georg Widera, Manfred Mündelein, Winfried Schittges und der Titelverteidiger Helmut Diegel. Sie bestätigten den Ruf, der ihnen vorauselte. Sie zeigten Nervenstärke, räumten auf in dem ausgeglichenen Feld und setzten sich verdientermaßen durch, obwohl manch hoffnungsvolles Talent mit Glanztaten auf sich aufmerksam

machen konnte. Insgesamt wurde der Verwaltung mal wieder gezeigt, wo der Bartel den Most holt. Am grünen Tisch bewahrheitete sich das Prinzip vom Primat der Politik. Widera und Mündelein schieden nach hingebungsvollem Kampf aus. Das Endspiel bestritten die Abgeordneten Diegel und Schittges. Es war ein absoluter Tischtennis-Leckerbissen, ein dreigängiges Menü, an dessen Ende Vorjahressieger Helmut Diegel erneut die Früchte der Viktoria genießen konnte. Winfried Schittges stand ihm in nichts nach und wurde gleichermaßen mit Beifall überschüttet. Für das Turnier 1997 wetzen bereits die Schläger: Ernst Becker; Irmgard Birn; Petra Brüggemann; Klaus Dellmann; Helmut Diegel; Katja Eller; Michael Endres; Birgit Hiel-scher; Reinhold Krause; Manfred Marcinkowski; Mario Müller; Manfred Mündelein; Ralph Peters; Winfried Schittges; Birgit Schmelter; Thomas Schneider; Dirk Stop; Petra Theil; Angela Wernecke; Georg Widera; Hans Zinnkann.



Der Präsident des Landtags, Ulrich Schmidt, hat Dr. Armin Lünterbusch (links im linken Bild) als Mitglied des Verfassungsgerichtshofs des Landes Nordrhein-Westfalen vereidigt. Mit Ablauf des Jahres 1996 war der Präsident des Oberlandesgerichts Köln, Dr. Heinz-Dieter Laum, in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger im Amt des Präsidenten hatte die Landesregierung den Präsidenten des Landgerichts Dr. Armin Lünterbusch bestimmt. Damit ist Lünterbusch seit dem 1. Januar dieses Jahres als einer der beiden lebensältesten Präsidenten eines Oberlandesgerichts des Landes gemäß Gesetz über den Verfassungsgerichtshof kraft Amtes Mitglied dieses höchsten Gerichts – Auf Einladung der ostwestfälischen Landtagsabgeordneten Angelika Gemkow, die zugleich Bezirksvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) ist, hatte Kolping Ostwestfalen-Lippe im Landtag einen Informationsstand aufgebaut. Ziel der Kampagne war es, den Landtagsabgeordneten eine breite Information über fairen Handel in der Welt am Beispiel einer Kooperation mit mexikanischen Kaffeebauern zu vermitteln. Das rechte Bild zeigt von links: Kolping-Mitarbeiter Wolfgang Hansen, die Landtagsabgeordneten Angelika Gemkow und Gerd Wächert (beide CDU) sowie Dietmar Esken, ebenfalls von Kolping.

## SPD-Fraktion

### Arbeit, Ausbildung, soziale Gerechtigkeit

SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen ist davon überzeugt, daß 1997 ein Schicksalsjahr für die Bundesrepublik Deutschland wird. „Entweder finden wir die Kraft zu Änderungen auf allen Gebieten, oder wir geraten noch tiefer in die ökonomisch-soziale Krise“, sagte Matthiesen mit Blick auf die Massenarbeitslosigkeit und die Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme. Wie schon im vergangenen Jahr, werde die SPD-Landtagsfraktion auch 1997 die Themen Arbeit, Ausbildung und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, betonte Matthiesen in der ersten Fraktionssitzung des neuen Jahres.

„Wenn uns in diesem Jahr keine große nationale Kraftanstrengung zur Kurskorrektur gelingt, dann sind die soziale und gesellschaftliche Stabilität ebenso gefährdet wie die Integrationskraft der bisherigen Parteienlandschaft“, befürchtete der SPD-Fraktionschef. Soziale Ängste seien der Nährboden für neue Fremdenfeindlichkeit und für politische Rattenfänger. Schon aus diesen Gründen sei die SPD insgesamt verpflichtet, aktiv mitzuwirken und 1997 zu einem Gestaltungsjahr zur Lösung von Problemen zu machen.“

„Existenzielle Probleme, die über die Zukunft entscheiden, suchen sich neue Gestaltungsformationen, wenn sie nicht angepackt werden“, mahnte Matthiesen. Für die Fraktionsarbeit stehe die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auch im neuen Jahr an erster Stelle der Tagesordnung. Kurzfristig gehe es um die heimische Steinkohle. „Wir stehen im Wort bei unseren Bergleuten, und sie werden sich auf uns verlassen können“, betonte Klaus Matthiesen. Das Land werde schon seine bisher gewaltige Kraftanstrengung für den heimischen Bergbau beibehalten und verstetigen. Qualifizierung und Weiterbildung erhielten angesichts der Massenarbeitslosigkeit einen herausgehobenen Stellenwert. Er rege an, hier eine gemeinsame Initiative von Fraktion und Landesregierung zu ergreifen, wie dies beim Ausbildungskonsens geschehen sei. Der bisherige große Erfolg beim Ausbildungskonsens dürfe nicht dazu verleiten, jetzt die Hände in den Schoß zu legen. Matthiesen: „Wir haben den jungen Menschen versprochen, daß diese Initiative keine Eintagsfliege für ein Jahr war, sondern daß der Konsens auf mehrere Jahre angelegt ist.“ Deshalb müßten jetzt die Vorarbeiten beginnen für das nächste Ausbildungsjahr.

Die Arbeitsgruppe zur Überprüfung kommunaler Leistungsgesetze werde Vorschläge zur finanziellen Entlastung der Kommunen vorlegen. Eingesetzt werde eine Arbeitsgruppe hinsichtlich künftiger Pensionslasten. Unabhängig von Bundesregelungen müsse das Land rechtzeitig über eigenständige Lösungen nachdenken, forderte Matthiesen und erwähnte außerdem die Arbeitsgruppe unter Leitung von Finanzminister Schleußer zur Absenkung der Nettoneuverschuldung. „Das sind die drei wichtigen Arbeitsgruppen auch zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen und des Landes“, stellte Matthiesen fest. Darüber hinaus kündigte er an, daß die Fraktion die Standortoffensive NRW, die mit dem Ausbildungskonsens und dem Thema Risikokapital begonnen worden sei, konzeptionell weiterentwickelt werde.

## CDU-Fraktion

### Landesrundfunkgesetz muß auf den Prüfstand

„Wie das Pfeifen im dunklen Walde klingt das Fazit der SPD im Landtag nach ihrer Lokalfunk-Anhörung. Die sozialdemokratischen Medienpolitiker, die immer noch eine Änderung des nordrhein-westfälischen Landesrundfunkgesetzes blockieren, verkennen die bitteren Realitäten des Zwei-Säulen-Modells in NRW.“ Dies erklärte jetzt die medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi. Der Lokalfunk in NRW sei im Gegenteil dringend auf Hilfe, auch des Gesetzgebers, angewiesen. Manchen Sendern stünde das Wasser bis zum Halse, da Zuschüsse aus den gemeinsamen Werbetöpfen ausblieben, machte die CDU-Politikerin deutlich. Angesichts des auf Konsens angelegten sensiblen Zwei-Säulen-Modells geriete damit das gesamte System in Gefahr.

Das gesamte Landesrundfunkgesetz müsse nun auf den Prüfstand, um festzustellen, ob es den nordrhein-westfälischen Besonderheiten überhaupt noch Rechnung trage, forderte die Medienpolitikerin. Dazu gehöre insbesondere auch die Konkurrenz-Situation zwischen WDR und Lokalfunk. Diskutiert werden müsse über flexibilisierte Sendezeiten, über die technische Versorgung der Verbreitungsgebiete, die Einfügung des Bürgerfunks in das Gesamtprogramm und über zusätzliche Belastungen wie die Einführung von Campus-Radio in einigen Städten. „Im Interesse des Lokalfunks darf es in dieser Diskussion keine Tabus geben“, betonte Ruth Hieronymi.

#### *Koalitionsräsön blockiert wichtige Entscheidungen*

Das Einschwenken der SPD im Bereich der Abfallentsorgung hat der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Werner Stump, begrüßt. „Die Absage der Sozialdemokraten an mechanisch-biologische Anlagen (MBA) war längst überfällig“, erklärte Stump. Diese Anlagen entsprächen nicht dem Stand der Technik, der hier vorbehandelte Abfall sei biologisch noch aktiv, machte der CDU-Politiker deutlich. Nur thermisch vorbehandelter Abfall könne eine umweltverträgliche Ablagerung sicherstellen. Stump weiter: „Mechanisch-biologische Anlagen sind ökonomisch und ökologisch unsinnig. Die CDU ist stets gegen den Bau derartiger Anlagen gewesen, die SPD ist es jetzt offenbar auch.“ Allerdings stehe dieser „großen Koalition der abfallpolitischen Vernunft“ die grüne Umweltministerin gegenüber, die MBA weiter fördern will. Stump abschließend: „Rot-grüne Koalitionsräsön blockiert im Bereich Abfallentsorgung mal wieder vernünftige Entscheidungen für unser Land.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Kostenerstattung für Bürgerkriegsflüchtlinge

Seit dem 9. Dezember 1996 liegt eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vor, die viele Kommunen in ihrer Finanznot aufatmen läßt. Die durch das Flüchtlingsaufnahmegesetz festgelegte pauschalierte Kostenerstattung durch das Land NRW für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien in Höhe von 320 Mark an die Kommunen wurde für verfassungswidrig erklärt, da sie eine Schlechterstellung gegenüber den Erstattungen für Asylbewerber (675 Mark) darstellt.

Das Land als Gesetzgeber ist nunmehr in der Pflicht durch eine gesetzliche Neuregelung nachzubessern und den finanziellen Verlust der Kommunen auszugleichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich im Sinne des Urteils nachdrücklich dafür einsetzen, daß es baldmöglichst zu einer Neuregelung kommt. Wir bedauern es sehr, daß es wieder einmal die Kommunen waren, die Lasten zu tragen hatten und haben, die der Bund hätte auffangen müssen. Denn natürlich ist es nicht Aufgabe der Kommunen, Kostenlasten für die Bürgerkriegsflüchtlinge zu übernehmen. Aber es kann auch nicht sein, daß das Land ohne zu murren den Ausfallbürgen für Verpflichtungen des Bundes darstellt. Zu Recht hat die Innenministerkonferenz schon vor Jahren einmütig die hälftige Beteiligung des Bundes an den Kosten eingefordert.

Wie bei anderen sozialen Lasten hat sich die Bundesregierung auch hier wieder aus der Verantwortung gezogen und das Land im Regen stehen lassen. Die Städte und Gemeinden haben durch den zweistufigen Verwaltungsaufbau unseres Landes aber nicht den Bund, sondern nur die Landesregierung als Ansprechpartnerin. Der Streit um den eigentlich Beklagten kann an dieser Stelle aber nicht wieder zu Lasten der Kommunen ausgehen, und so kann es nur das Ziel sein, weiterhin bei der Bundesregierung die Interessen der Kommunen zu vertreten — aber auch schnellstmöglich die volle Kostenerstattung für die Bürgerkriegsflüchtlinge auf den Weg zu bringen.

## Nutzung von AMIS

Der Landtag hat eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen zur Nutzung des Arzneimittelinformationssystems (AMIS) für Arzneimitteluntersuchungs- und Überwachungsbehörden der Bundesländer zur weiteren Beratung an den Hauptausschuß überwiesen. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) erklärte bei der Einbringung, im Rahmen des staatlichen Beitrags zur Arzneimittelsicherheit überwachen die Länder den Verkehr mit Arzneimitteln. Für die Aufsicht über Arzneimittelherstellerebetriebe benötigten die Bezirksregierungen und das Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst Daten des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte über die Zulassung von Arzneimitteln, die Inhaltsstoffe der zugelassenen Arzneimittel, Erkenntnisse zu Neben- und Wechselwirkungen und akute Risikobewertungen von Arzneimitteln. Diese Daten würden zeitnah vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in einer Datenbank bereitgestellt. Der Online-Zugriff zu dieser Datenbank erfolge über das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information in Köln, dessen Träger das Bundesministerium für Gesundheit sei. Die Teilnahme aller Länder am Online-Dienst basiere auf einem Beschluß der Gesundheitsministerkonferenz vom 24. November 1995. Um den Zugriff auf diese Datenbank zu ermöglichen, bedürfe es einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen.

★

## Personalie

**Marion von Haaren** soll nach dem Wunsch des Intendanten des Westdeutschen Rundfunks Köln, **Fritz Pleitgen**, neue Chefredakteurin des WDR-Fernsehens werden. Wie der Sender mitteilte, wird der Verwaltungsrat am 14. Februar über den Vorschlag des Intendanten entscheiden. Die Journalistin ist seit 1995 als leitende Redakteurin im ARD/WDR-Studio Bonn tätig. Die Stelle war frei geworden, nachdem **Nikolaus Brender** Anfang des Jahres den neugeschaffenen Posten als Programmchef des WDR-Fernsehens übernommen hatte.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX 8 84 30 22  
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

*Er mag jene Politiker nicht, von denen es offensichtlich immer mehr gibt — die „Polit-Profis“. Sie kommen meist von den Hochschulen und streben sogleich eine politische Karriere oder ein Mandat an, ohne zuvor einen Beruf erlernt zu haben. „So sehen dann auch oft deren Entschlüsse und Entscheidungen aus, realitätsfern“, kritisiert Wolfgang Drese. Der SPD-Landtagsabgeordnete aus Erkrath-Hochdahl bedauert den geringen Anteil von „Leuten aus der Wirtschaft“ in den Parlamenten. Sie würden offensichtlich von den allgemeinen Parteistrukturen „abgeschreckt“.*

*Der gelernte Maschinenschlosser und Programmierer, der seit vielen Jahren im Verkauf einer großen Aufzugsbaufirma tätig ist, stieß Anfang der siebziger Jahre über die Jungsozialisten zur SPD. „Mir hatten so einige kommunale Dinge in Hochdahl nicht gepaßt“, erinnert sich der heute 53jährige. Und da Wolfgang Drese nicht nur „meckern“ wollte, engagierte er sich in einer politischen Partei. Bereits 1975 wurde der Sozialdemokrat in den Erkrather Stadtrat gewählt, dem er bis 1990 angehörte, davon vierzehn Jahre als Vorsitzender der SPD-Fraktion. Die Schwerpunkte seiner kommunalpolitischen Tätigkeit waren die Wirtschaftsförderung und die Stadtplanung.*

*Zu jener Zeit entstand auch das großräumige neue Wohngebiet Hochdahl vor den Toren der Landeshauptstadt Düsseldorf, das heute für 30 000 Menschen ein Zuhause ist. Im Gegensatz zu manch anderen ähnlichen Großprojekten gilt es mitten in einer reizvollen Landschaft als architektonisch gelungen. Als langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der Entwicklungsgesellschaft Hochdahl hat Wolfgang Drese an dem Gelingen dieses Projektes einen entscheidenden Anteil. Nach fünfzehnjähriger kommunalpolitischer Tätigkeit wollte sich der Sozialdemokrat 1990 eigentlich aus der Politik „zurückziehen“ und deren aktive Mitgestaltung Jüngeren überlassen. Doch die Partei ersuchte ihn, für den Landtag zu kandidieren, und er setzte sich im Wahlkreis Mettmann II erfolgreich durch, übrigens auch fünf Jahre später. In der letzten Legislaturperiode gehörte der Erkrather dem Rechtsausschuß sowie*



Wolfgang Drese (SPD)

*dem Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen an.*

*Seit dem letzten Jahr engagiert sich der Abgeordnete im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie im Haushaltskontrollausschuß. „Ich wollte mal etwas anderes machen.“ Sein besonderes Anliegen ist es nun, dabei mitzuwirken, daß die bäuerlichen Familienbetriebe existentiell gesichert werden und „keine Strukturen wie im Osten“ entstehen. Die kleineren Höfe müßten nicht nur gefördert werden, weil sie mehr Arbeitskräfte beschäftigten als die vollmaschinellen Großbetriebe mit ihrer Monostruktur, sondern weil sie auch einen bedeutenden Beitrag zum Naturschutz leisteten. Wichtig sei auch, daß über die Direktvermarktung das Vertrauen der Verbraucher in gesunde bäuerliche Produkte gestärkt werde.*

*Der Parlamentarier hatte ein mehr als 300 Jahre altes Fachwerkhäuschen erworben, das er in den letzten zwölf Jahren selbst sanierte. Für Wolfgang Drese war diese „Eigenleistung“ ebenso ein willkommenes Ausgleich für das politische Wirken wie der Sport — allerdings reduziert er sich heute „altersbedingt“ auf Tennisspielen. Der Erkrather zählt im übrigen zu jenen Politikern, denen „ideologisches Denken“ ein Greuel ist. Jede Entscheidung sollte sach- und realitätsorientiert aus persönlicher Verantwortung getroffen werden.*

Jochen Juretko

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 23. Januar bis 3. Februar

23. 1. **Gabriele Gorcitza** (SPD), 45 J.  
 24. 1. **Christiane Bainski** (GRÜNE), 45 J.  
 25. 1. **Tanja Brakensiek**, (CDU), 28 J.  
 26. 1. **Stefan Frechen** (SPD), 61 J.  
 27. 1. **Hans-Peter Meinecke** (SPD), 53 J.  
 29. 1. **Hans Kern** (SPD), 64 J.  
 3. 2. **Gisela Meyer-Schiffer** (SPD), 39 J.

★

**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, wird Ehrendoktor der Ruhr-Universität Bochum. Die Promotionskommission der Evangelisch-Theologischen Fakultät ehrt damit den Regierungschef als einen Mann, „der in politisch herausragender Stellung biblisch fundiert und theologisch reflektiert an der Diskussion über eine christlich verantwortete Ethik des Politischen teilnimmt“.

★

**Ernst Walsken** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist für seine Verdienste um das Sparkassen-Wesen mit der Dr. Johann-Christian-Eberle-Medaille ausgezeichnet worden. Der Geschäftsführer des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, **Heinz Biesenbach**, nahm die Ehrung vor. Ernst Walsken ist seit 21 Jahren Verwaltungsratsmitglied der Stadtparkasse Solingen. Vor ihm haben nur sechs Personen diese höchste Auszeichnung der Sparkassenorganisation erhalten.

★

**Bodo Hombach** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist zum Ehrenzugführer der Mülheimer Polizei ernannt worden. Mit der Ernennung zum „Ehrenzugführer auf Lebenszeit“ würdigte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den langjährigen Einsatz des Politikers für die Polizei in seiner Heimatstadt. Mit der Ehrenurkunde erhielt Hombach eine vollständige Polizeimontur mit Helm, Schutzschild und Schlagstock.

★

**Dr. Hilmar Fornelli**, Präsident des Landesoberbergamtes, ist in Dortmund von Wirtschaftsminister **Wolfgang Clement** (SPD) in den Ruhestand verabschiedet worden. Gleichzeitig führte der Minister den neuen Chef, den bisherigen Vizepräsidenten **Hans-Jürgen von Bardeleben**, als Nachfolger in das Amt ein. Bardeleben ist ab 1. Februar damit Leiter der größten Bergbaubehörde Deutschlands mit rund 200 Beschäftigten.

★

**Jörg Hansen**, bisher Referent der SPD-Fraktion im Landtag, wird Persönlicher Referent des Finanzministers. **Rolf Krähmer**, bisher „Persönlicher“ des Finanzministers, erhält eine neue Aufgabe in der Abteilung „Geld- und Kapitalverkehr“ des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums. Das teilten **Reinhold Trinius** und Finanzminister **Heinz Schleußer** (beide SPD) im Haushalts- und Finanzausschuß mit.

★

**Rainer Kirsch**, Leitender Ministerialrat, ist auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen zum Mitglied des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen gewählt worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Brachvogel in der Dingdener Heide

Die Dingdener Heide liegt auf der Grenze zwischen dem Niederrhein und dem Münsterland. Mitten durch das Gebiet verläuft seit 1975 die Grenze der Kreise Borken und Wesel. Seit 1987 stehen 305 Hektar unter Naturschutz. Die Dingdener Heide ist Lebensraum vieler bedrohter Wat- und Wiesenvögel und bildet gemeinsam mit den Naturschutzgebieten an der Lippe, in den Rheinauen und entlang der holländischen Grenze einen wichtigen Baustein im Feuchtwiesenschutzprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Name Dingden wird mit dem germanischen Thing, der Gerichtsstätte, in Verbindung gebracht. Demnach könnte der Raum bereits im Frühmittelalter besiedelt gewesen sein. Wichtig für die Geschichte dieser Kulturlandschaft ist ihre Lage zwischen dem Niederrhein und Westfalen. Territoriale und politische Grenzen waren hier zugleich auch immer Kulturgrenzen, die zum Beispiel in der Bauweise der Häuser und der Besiedlungsform deutlich wurden und die Landschaft prägten. Heute ist der Schutz der Dingdener Heide ein besonderes Anliegen der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege. Sie hat auch einen prominenten Paten für das Gebiet gefunden. Nachdem sich der Kabarettist Hanns Dieter Hüsch für die Hetter zwischen Emmerich und Rees stark macht, hat sein Kollege Wendelin Haverkamp die Patenschaft über die Dingdener Heide übernommen, um sich mit seinen Mitteln für das Naturschutzgebiet, dessen „Charkatervogel“ der Große Brachvogel ist, einzusetzen. Das Bild zeigt einen Sonnenaufgang in der Dingdener Heide. Foto: NRW-Stiftung

## Das auch noch...

„Ich bin kein Jurist, und deshalb frage ich als Bauer den Steinmetz“.

Der CDU-Abgeordnete **Leifert**, Landwirt aus Drensteinfurt, an den gelernten Steinmetzmeister und Innenminister **Franz-Josef Knipola** (SPD) in einer Fragestunde des Landtags.

★

**Manfred Kock**, bisher Stadt-Superintendenten in Köln, ist mit deutlicher Mehrheit zum neuen Präses der evangelischen Kirche im Rheinland gewählt worden. Bei der Landes-synode in Bad Neuenahr stimmten 228 der Synodalen für Kock, zwölf votierten gegen

ihn, fünf enthielten sich der Stimme. Der neue Oberhirte von 3,15 Millionen rheinischen Protestanten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz stammt aus Westfalen. Er wurde im Münsterland geboren. In Recklinghausen übernahm er nach dem Theologiestudium seine erste Pfarrstelle in der Bergarbeitergemeinde Philipp-Nicolai. 1970 wechselte Kock als Jugendpfarrer in die rheinische Landeskirche nach Köln. 1980 wählte der Kirchenkreis Köln-Nord den Vater dreier Kinder zum Superintendenten. 1988 erfolgte die Ernennung zum Stadt-superintendenten. Der 60jährige Manfred Kock ist für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt worden.